

legal.

illegal.

nicht egal!

Illegale Beschäftigung verzerrt den Wettbewerb und vernichtet legale Arbeitsplätze.
Wer Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bezieht, muss zusätzliche Einkünfte angeben.

Was erlaubt ist und was nicht, erfahren Arbeitnehmer und Arbeitgeber beim Arbeitsamt. Wir informieren Sie gerne über die geltenden Bestimmungen. Auch im Internet unter www.arbeitsamt.de/illegal



Bundesanstalt für Arbeit

POLITIK

Kämpff - Georg Gafron, Interview	5 - 8
Dr. Markus Söder, Interview	9
Volle Kraft voraus! Philipp Mißfelder	10
Vergiftetes Lob, Uwe Alschner	12
Wahlkampf, Konstantin Schwab	13
Heile Welt in Bremen,	
Portrait, Bernd Neumann, Georg Milde	14 - 16
Stephanie Denzler für Günzburg, Interview	26

SICHERHEITSPOLITIK

Einsatz mit Umwegen, Heiko Rottmann	17 - 18
-------------------------------------	---------

BILDUNG

Zwei politische Systeme, zwei Sprachen?	
Christoph Hausschild	19
Preußens Vermächtnis	
Andreas Schwegel	20
PISA - Deutsche Bildungssysteme am Ende der Keine	
Audienz für JUlER beim »König von Mallorca«	
Sebastian Gehrold	21
Buchbesprechung »Das Innenleben der Macht«	
Volker Nies	22

NEW ECONOMY

Besser vernetzt, conject AG	23 - 24
Medienpolitisches Seminar, Jan-H. Klaps	25
Wanderwitz und Kretschmer nominiert	31

UNTER DER KUPPEL

Ein Mann sieht blau, Hans Peter Repnik	28
--	----

GLOSSE

Der Euro ist da!, Konstantin Schwab	29
-------------------------------------	----

JUGEND + POLITIK

Rot-Grüne Rechtspolitik, Jan-H. Klaps	30
Engagement zahlt sich aus	
Marcel Klemm	32 - 33

PERSONALIEN

Wechsel in der Bundesgeschäftsstelle	34
Ludwigshafen hat ein neues Gesicht	
Annika Jagodzinski	35

JU-Intern

Islam in Deutschland, Jan-H. Klaps & S. Prinz	36
JU-Intern	37 - 41
Neue Vorstände	42
Impressum	43

Hallo!

Das schier Unfassbare ist Wirklichkeit geworden: In unserer Hauptstadt gehört die SED-Nachfolgepartei PDS dem Senat an und ist für zentrale Aufgaben wie die Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik zuständig. Eine entlarvende Begleiterscheinung der Ehe Wowerit/Gysi: Keines der insgesamt neun Senatsmitglieder ist bekennender Christ, wie der Berliner Kardinal Sterzinsky jüngst feststellte. Armes Deutschland! Erfreulich hingegen ist der Blick auf die Union, die mit dem hervorragenden Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber in den Kampf gegen Rot-Grün zieht. Passend zu dieser Aufbruchstimmung präsentiert sich die ENTSCHEIDUNG in neuer Optik: Klarer, frischer und übersichtlicher wollen wir Euch mit dem Relaunch noch mehr Spaß beim Lesen bieten. Die aktuelle Ausgabe der ENTSCHEIDUNG ist zudem die letzte unter meiner Federführung, da ich mich in den kommenden Monaten auf neue Ziele konzentrieren werde. Die Arbeit für die ENTSCHEIDUNG hat mir in den vergangenen zwei Jahren sehr viel Spaß gemacht, und ich freue mich darauf, diese an anderer Stelle fortzusetzen.

Es grüßt Euch herzlich Euer



philipp.missfelder@entscheidung.de

Wahljahr: Jetzt geht es los!

Mit der Nominierung von Edmund Stoiber zum Kanzlerkandidaten hat der Wahlkampf begonnen. Und schon versucht sich Rot-grün in Diffamierungen. SPD-Chef-Schlammwerfer Müntefering wird in den nächsten Monaten weiterhin eine Schmutzkampagne führen. Die SPD wird versuchen, Edmund Stoiber an den rechten Rand des politischen Spektrums zu schieben und so ein Linksbündnis gegen die bürgerliche Mitte zu schmieden. Aus den Medien wird sie dabei sicherlich manche Schützenhilfe erhalten, wie die dilettantisch lancierte „Stern-Affäre“ über angeblich unsaubere Spendenwerbung für den „Bayernkurier“ schon gezeigt hat. Zudem werden die vielfachen Medienbeteiligungen der SPD gewiss auch in diesem Wahljahr wieder politische Dividende abwerfen, auch wenn die SPD nach wie vor jegliche Einflussnahme auf „ihre“ Zeitungen leugnet. Zugleich hat zum Auftakt des Wahljahres der langjährige Schröder-Vertraute Bodo Hombach (skandalumwitterter Kanzleramtsminister, zuletzt EU-Koordinator für den Balkan-Stabilitätspakt) sein Amt als Geschäftsführer der mächtigen WAZ-Zeitungsgruppe angetreten.

Diffamierung ist nicht unser Niveau, auch nicht im Wahljahr. Wir brauchen sie auch nicht, denn wir überzeugen durch unsere Konzepte. Einen „Kompetenz-wahlkampf“ wollen wir führen, also dem Wähler vermitteln, dass wir in allen Politikbereichen die besseren Alternativen haben: In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch bei den wichtigen Zukunftsthemen wie Bildung und sozialer Sicherung. Dafür müssen vor allem wir als Junge Union stehen.

Die Union braucht in diesem Jahr den vollen Einsatz der Jungen Union. Wir haben die Chance, das so genannte „rot-grüne Projekt“ zu einer Episode zu reduzieren und manchen Fehler der Bundesregierung noch zu korrigieren. Und wir werden diese Chance nutzen. Mit klarer Zielgruppenarbeit und großem Engagement wird die JU ihren Teil zum notwendigen Regierungswechsel beitragen.

Eure Hildegard Müller



Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands

Die politische

Sozialdemokraten gegen Rot-Rot

Gegen den tiefroten Wowerit/Gysi-Senat in Berlin macht sich auch bei den traditionellen Sozialdemokraten Unmut breit. Der frühere Berliner Parlamentspräsident Walter Sickert gab sein SPD-Parteibuch ab, da er den Kurs der Partei nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren könne. Ebenfalls eindringlich warnte Klaus von Dohnanyi (SPD) vor Rot-Rot: „Man kann die PDS in einer Regierung nicht entzaubern“, so der frühere Hamburger Bürgermeister in der Tageszeitung DIE WELT.

Bravo!

Ein Vorbild für bürgerfreundliche Politik stellt der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) dar. Von den rund 1.700 Verwaltungsvorschriften des Landes sollen in Kürze rund 800 gestrichen werden. Die Begründung: Viele Vorgänge, wie etwa Pflichtmeldungen bei den Ämtern, dienen nur der Statistik und seien Datenfriedhöfe. Weiter so!

Müller unterliegt

Kerstin Müller, Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, scheiterte mit einer Klage gegen Verbotanordnungen bei einem Atommülltransport. So steht fest: Das Verbot einer Dauermahnwache am Atomtransporttag vor einem Zwischenlager war rechtmäßig.

Entgleister EU-Kommissar

Der nordrhein-westfälische CDU-Europaabgeordnete Dr. Peter Liese hat den für Forschungsfragen zuständigen EU-Kommissar Philippe Busquin scharf attackiert. Dieser hatte die Gegner der Embryonenforschung als „Taliban“ bezeichnet. Lieses Reaktion im Hamburger „Nachrichtenmagazin“

DER SPIEGEL: „Dies ist eine unglaubliche Entgleisung.“ Der Kommissar schein die Vertreter einer relevanten Position in der europäischen Debatte mit einem verbrecherischen System auf eine Stufe zu stellen.

E-Award für Verblendung

Der Preis der ENTSCHEIDUNG für politische Verblendung geht in diesem Monat an den umweltpolitischen Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion: Reinhard Loske forderte allen Ernstes, die realitätsferne Ökosteuer auch nach 2003 weiterhin stufenweise zu erhöhen.

JU ist Thema bei Wehrmachtsausstellung

Nach einer umfassenden Überarbeitung und Korrektur ist die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht wieder in der Öffentlichkeit zu sehen. Die Ausstellung war geschlossen worden, nachdem zunehmend Kritik an fehlenden oder falschen Quellenangaben der gezeigten Bilder laut geworden war. In der jetzigen Ausstellung wird auch den Kritikern an der alten Ausstellung breiter Platz eingeräumt. So ist der scharfe Protest der JU München genauso wie der Protestbrief des damaligen CSU-Bezirksvorsitzenden Peter Gauweiler an alle Münchener Haushalte auf einer der Tafeln dokumentiert.

Wieder da

Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der sonst nicht unbedingt unionsnahen Zeitung „Der Tagesspiegel“ schrieb in seinem Artikel „Warum regt sich keiner auf?“. „Für viele Funktionäre ist das Engagement in der PDS alles andere als ein Bruch in ihrer politischen Biografie. Es ist deren Fortsetzung mit anderen Mitteln – nun sind sie wieder an die Macht gekommen.“ So ist es.



Philipp Mißfelder & Georg Milde



»Kämpft«

Er gilt als mächtigster Meinungsmacher der Hauptstadt, der - bundesweit einmalig - drei Medientypen lenkt: Georg Gafron, Chefredakteur der auflagenstärksten Zeitung B.Z., ist zugleich Chef eines Fernsehsenders sowie eines privaten Hörfunksenders. Die **ENTSCHEIDUNG** sprach mit dem Freund klarer Worte über das Bündnis von SPD und PDS, das Phänomen Schill und den Zustand der Union.

ENTSCHEIDUNG: *Berlin wird seit kurzem rot-rot registert . . .*

GAFRON: Berlin wird rot-dunkelrot registert! Die Bezeichnung "rot-rot" relativiert ja schon. Die PDS wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Wenn die SPD darauf verweist, dass nur Teile dieser Partei beobachtet werden, halte ich das für heuchlerisch und absurd. Wenn es eine Partei in Deutschland gäbe, die in Teilen wegen rechtsextremistischer Aktivitäten beobachtet würde, dann würde man auch nicht unterscheiden. So wenig, wie es nur

ein bisschen schwanger gibt, so wenig kann es nur ein bisschen verfassungsfeindlich geben. Die richtige Antwort gegenüber den Sozialdemokraten lautet: Sage mir, mit wem du gehst, und ich sage dir, wer du bist!

ENTSCHEIDUNG: *Wie fühlen Sie sich als Bürger einer rot-dunkelroten Stadt?*

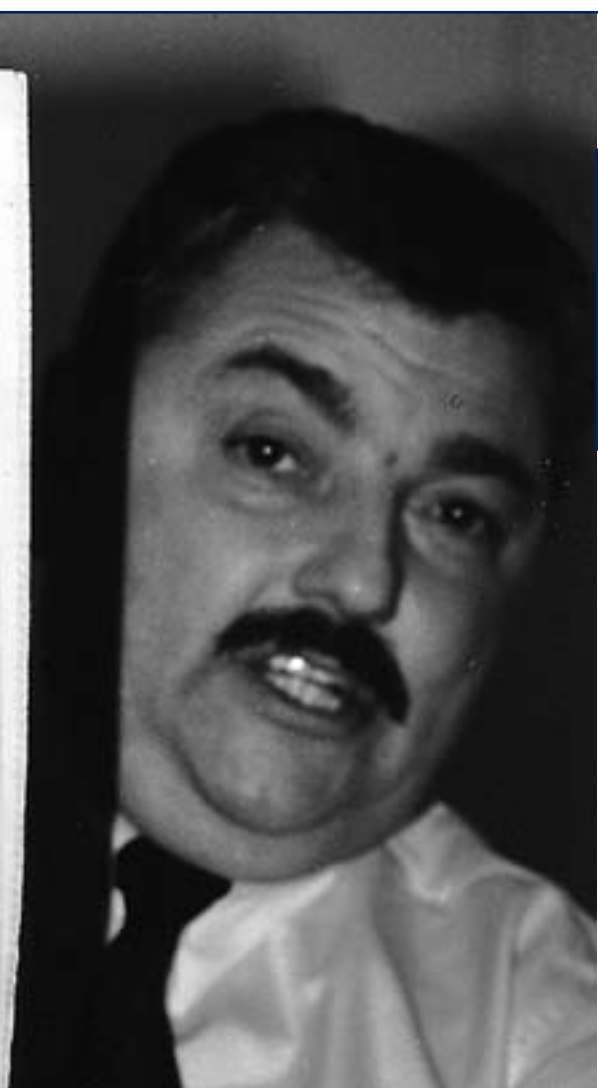
GAFRON: Jahrzehntlang wurden in Berlin Menschen an der Mauer erschossen. Nun werden dort diejenigen, die im System der

DDR an vorderster Stelle Verantwortung getragen haben, in die Regierung gehievt. Die Sozialdemokratie begeht einen historischen Tabubruch - das belegt, dass Teile der Deutschen aus unserer leidvollen Geschichte nichts gelernt haben. Eine bittere Erkenntnis.

ENTSCHEIDUNG: *Wie wird sich die deutsche Hauptstadt in den kommenden Jahren entwickeln?*

GAFRON: Die Stadt Berlin wird unter dieser Entwicklung unendlich zu leiden haben. Ich habe mit





Amerikanern und Engländern gesprochen, die den Schritt einfach nicht nachvollziehen können und sagen: Wir haben diese Stadt

„Wenn die Union aber nicht aufpasst, wird sich Schröder als Vertreter der Nation definieren - eine Verhöhnung der Geschichte!“

GEORG GAFRON



vierzig Jahre lang verteidigt, und heute kommen die Kommunisten von selber herein. Die Investitionsquote Berlins war schon immer niedrig, die Arbeitslosenzahlen lagen weit oben - und jetzt erscheinen die Funktionäre der Kommunistischen Partei. Die Attraktivität der Stadt wird sinken und nochmals sinken.

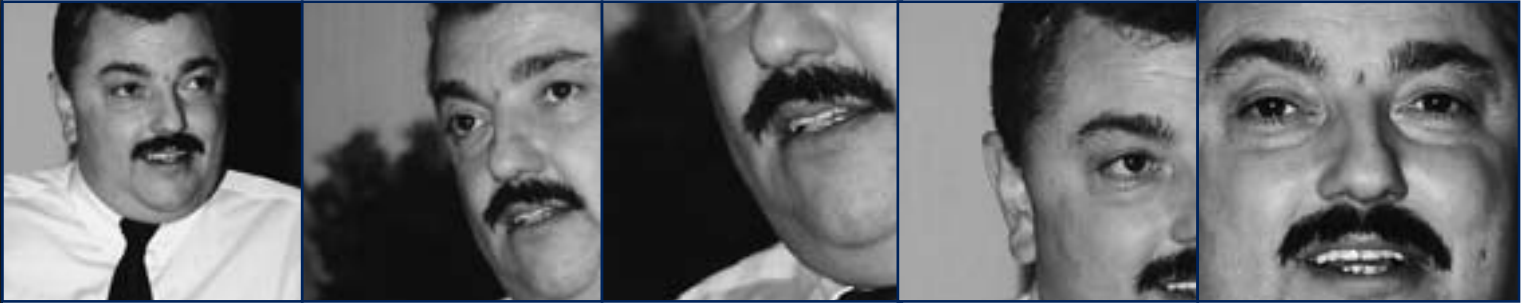
ENTSCHEIDUNG: *Irgendjemand muss diesem Bündnis ja seine Stimme gegeben haben . . .*

GAFRON: Wir dürfen eines nicht vergessen: Jeder Zweite, der in Ostberlin zur Wahlurne gegangen ist, hat diese Partei gewählt. Jeder, der in Berlin SPD gewählt hat, wusste, dass dieses Bündnis angestrebt wird. Der Wähler ist nicht belogen worden. Auch jeder Grünen-Wähler musste davon ausgehen, dass er möglicherweise die Option eines Bündnisses mit Extremisten unterstützt. Folglich ist die jetzige Konstellation auch ein Ausdruck des Wählerwillens. Es gibt ganz offensichtlich in dieser Region Deutschlands eine Abneigung gegenüber der Freiheit. Das haben wir zur Kenntnis zu nehmen. Man sollte sich nicht wundern, wenn sich viele Menschen unter Rot-Dunkelrot sogar wohlfühlen: staatliche Alimentierung, Versorgungssysteme, Gleichmacherei, mehr öffentlicher Dienst und die üblichen Dinge des Sozialismus. Das heißt auch: kein Konkur-

renzverhalten, keine Eleganz, no competition. Arm, aber glücklich. Die Heimeligkeit und Wärme des Kollektivs - das wollen diese Wähler. Und das hat für die Hauptstadt Berlin als Sitz der Bundesregierung katastrophale Folgen, denn sie wird nicht von den fleißigen Regionen mitgezogen werden.

ENTSCHEIDUNG: *Warum erfolgte kein Aufschrei gegen die dunkelrote Machtübernahme?*

GAFRON: Man muss zwischen Berlin und Deutschland unterscheiden. Der Bundestagswahlkampf wird zeigen, dass das Thema Berlin Unruhe auslöst. Die PDS strebt langfristig den Sozialismus an: Bestrafung von Leistung, Verstaatlichung der Großindustrie, genossenschaftliche Formen. In Ländern mit einem breiten Mittelstand und Unternehmerpersönlichkeiten wie



Bayern oder Baden-Württemberg wird dies sehr wohl registriert. Was Ostdeutschland betrifft: Wir dürfen nicht vergessen, dass die Menschen dort in einer Diktatur gelebt haben. Erst der Nationalsozialismus und dann die SED-Herrschaft. Die Existenz der PDS ist schlichtweg ärgerlich; der eigentliche Skandal ist vielmehr, dass die SPD als demokratische Partei diese Leute hoffähig macht.

ENTSCHEIDUNG: *Trotzdem ist vielfach eine Gleichgültigkeit zu spüren. Sie haben einmal von der "Entpolitisierung von Regierung, Gesellschaft und Journalismus" gesprochen.*

GAFRON: Es fehlt den Menschen an Ernsthaftigkeit. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass die Deutschen immer dümmter werden - und dazu gehört das Nicht-Wissen über die Geschichte. Dazu ein Weizsäcker-Satz: Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht meistern und wird die Zukunft nicht gestalten können. Wer weiß denn noch, wie die deutsche Teilung entstanden ist? Heute ist nur noch alles lustig. Selbst die DDR wird als irgendwie komisch dargestellt.

ENTSCHEIDUNG: *Also unverändert eine Spaßgesellschaft - trotz des 11. Septembers?*

GAFRON: Nein. Die Spaßgesellschaft ist vorbei. Dieser Tag und die massive wirtschaftliche Verschlechterung sind der Wende-

punkt. Die Deutschen befinden sich in einem Mentalitäts- und Bewusstseinswandel. Zum ersten Mal seit fünfzig Jahren ist die Kriegsangst der Deutschen wieder Sorge Nummer 1. Die Menschen haben Angst vor grundlegenden Verwerfungen, und wenn die etablierten Parteien dies nicht ernst nehmen, dann kommt Herr Schill. Leute wie Schill kommen immer nur dann, wenn die großen Parteien versagen und sich von den Sorgen der Bürger entfernen. Auch in Berlin hatte sich die CDU von den Bürgern entfernt und wurde abgestraft. Schill ist kein Rechtsextremist, sondern ein Ein-Punkt-Kämpfer, ein Vereinfacher.

ENTSCHEIDUNG: *Was machen die großen Parteien falsch?*

GAFRON: Die sogenannte Politische Klasse geht in vielen Bereichen an Bedürfnissen der Menschen vorbei. Sie überschüttet sie mit Worthülsen und vor allem mit einer Form der political correctness, die nicht der Realität entspricht. Die Zuwanderungsfrage ist ein Thema, denn es hängt mit der Inneren Sicherheit zusammen. Wird Deutschland ein Tummelplatz internationaler Krimineller? Werden unsere Sozialsysteme ausgehöhlt und brechen zusammen? Die Deutschen sind weder gegen Zuwanderung noch sind sie ausländerfeindlich. Aber sie sind beunruhigt, weil sie sehen, dass immer mehr Menschen herkommen, die nicht zum Bruttosozialprodukt beitragen, sondern vom Ertrag zehren. Und

damit muss man umgehen - sonst kommt Schill!

ENTSCHEIDUNG: *Was bedeutet das für die Union?*

GAFRON: Die Union muss in ganz zentralen Bereichen ihre Kompetenzen zurückgewinnen. Sie hat nach 1998 die wirtschaftliche Kompetenz verloren, die sie über Jahrzehnte innehatte. Zudem muss die Union mit deutlichen Worten klare Wertebestimmungen vornehmen, statt weiches soziologisches Gewäsch akademischer Seminare zu verkünden. Linke Parteien gibt es genug. Weitere Kompetenzbereiche sind die Innere und die Äußere Sicherheit. Da muss die CDU ganz vorn sein! Sie muss auch zur Nation ein klares Verhältnis finden. Ein solches fehlt den Sozialdemokraten, denn sie waren gegen die Wiedervereinigung. Wenn die Union aber nicht aufpasst, wird sich Schröder als Vertreter der Nation definieren - eine Verhöhnung der Geschichte!

ENTSCHEIDUNG: *Wo liegt denn das Problem der CDU?*

GAFRON: Es kommt leider zu wenig Programmatisches von der Spitze. Das ist eine Frage des Führungsstils - und eben an dieser Führung fehlt es. Zudem trägt die CDU selber zum Zerfall des "C" bei, weil sie modernistischen Strömungen nachrennt. Das heißt natürlich nicht, dass jedes CDU-Mitglied wie ein Mütterchen im Bayerischen Wald leben soll. Die Union bietet einfach

ZUR PERSON

Georg Gafron, geboren am 13. Mai 1954 in Weimar, flüchtete 1977 aus der damaligen DDR in die Bundesrepublik. 1980 wurde er Redakteur beim RIAS in Berlin, wo er ab 1982 die Sonderprogramme leitete. Ab 1987 war Gafron Chefredakteur von Radio HUNDERT,6 und ist heute Vorsitzender der Geschäftsführung der Radio HUNDERT,6 Medien GmbH. Seit 1999 leitet er zudem als Geschäftsführer den Fernsehsender TV.BERLIN und übernahm im Januar 2001 die Chefredaktion von B.Z. und B.Z. am Sonntag.





zu wenig Werteorientierung, obwohl die Gesellschaft zunehmend Werte einfordert. Die Chancen liegen auf der Straße! Über viele Jahre hinweg wurden Problemlasten verdrängt, da immer Wahlen bevorstanden oder schlichtweg der Mut fehlte. Diese Verdrängung holt uns heute ein, und wir müssen Prozesse wie die Wertedebatte nachholen

ENTSCHEIDUNG: *Wie soll das geschehen, wenn ein Großteil der Medien linksideologisch vorbelastet ist?*

GAFRON: Den linken Kampagnenjournalismus gibt es seit Jahrzehnten. Sein Ziel ist es, bestimmte Politiker fertigzumachen und zu diskreditieren. Im Rudel von Spiegel, Stern, Frankfurter Rundschau, Süddeutscher Zei-

tung und den Berliner Seiten der F.A.Z. schreibt einer vom anderen ab, so dass einheitliche Begriffe und Wortblöcke entstehen. Das fehlt den bürgerlichen Medien, weil sie zu bequem sind - und zu anständig.

ENTSCHEIDUNG: *Ein anderes Thema. Wie beurteilen Sie die Arbeit der Jungen Union?*

GAFRON: Dazu kann ich nicht viel sagen, weil sie nicht wahrnehmbar ist. Ich hätte von der Jungen Union erwartet, dass sie anlässlich der Vereidigung der Kommunisten als Senatoren eine Sternfahrt nach Berlin unternommen hätte - mit Hupkonzert vor dem Abgeordnetenhaus. Die junge Generation muss rufen: Nicht noch einmal! Stattdessen höre ich von Selbstfindungssemi-

naren und Gesprächsrunden. Die Junge Union emotionalisiert überhaupt nicht.

ENTSCHEIDUNG: *Was sollen junge Politiker denn anders machen?*

GAFRON: Man muss sich bewusst sein, dass das traditionelle Parteienspektrum zerfallen könnte. Dies ist eine Gefahr, auf die die Republik nicht vorbereitet ist. Jungen Leuten muss klar sein, dass Politik nicht nur für die Karriere da ist, sondern dass Politik unsere Gesellschaft und unser Leben formt. Die Tatsache, dass ein Teil Deutschlands über Jahrzehnte von einer Diktatur beherrscht war, sollte der jungen Generation die Kraft geben, wirklich zu kämpfen, statt nur auf den Kontoauszug zu gucken.

OPEN AIR
Klassik 2002
AUF DER BURG MONSCHAU

16. Juli bis 27. Juli 2002



17. Juli 2002
▶ **Zauberflöte**
Kinderoper

19. Juli 2002
▶ **Rigoletto**
Oper von Giuseppe Verdi
Neuinszenierung

20. und 27. Juli 2002
▶ **Carmen**
Oper von Georges Bizet

21. und 26. Juli 2002
▶ **Zauber der Oper**
Die schönsten Arien und Chöre

25. Juli 2002
▶ **Chöre der Welt**
Die berühmtesten und beliebtesten Opernchöre der Welt

Hotline 0 24 72 - 33 00 oder 0 24 72 - 80 48 28
Kartenvorverkauf Monschau Touristik

www.monschau-klassik.de

»Modernes Deutschland mit Edmund Stoiber«



Dr. Markus Söder zum Wahlkampf von CDU und CSU

Im Januar wurde der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Dr. Edmund Stoiber, MdL, zum Kanzlerkandidaten der Union gekürt. Dr. Markus Söder, MdL, Landesvorsitzender der JU Bayern, äußert sich im Gespräch mit der ENTSCHEIDUNG zu den Erfolgchancen Edmund Stoibers und der Union . . .

ENTSCHEIDUNG: *Warum brauchen wir überhaupt einen Wechsel in Berlin?*

SÖDER: Deutschland befindet sich in einer sehr schwierigen Lage. Gerade die Wirtschaft leidet unter der Untätigkeit der Bundesregierung. Arbeitslosigkeit und fehlendes Wachstum sind keine Perspektive für junge Menschen. Daher muss sich etwas ändern. Edmund Stoiber ist dafür der richtige Kandidat. Keiner, der andere arbeiten lässt, sondern der selber für Deutschland schuftet wird. Nicht nur in der Union wird dies sehr begrüßt.

ENTSCHEIDUNG: *Wie beurteilst Du die Chancen?*

SÖDER: Es geht doch nicht um das Gewinnen allein. Sondern

um Lösungen für unsere Zukunft. Die Menschen verstehen, dass Rot-Grün keine Perspektiven mehr hat. Der Akku von Schröder ist leer. Deswegen haben sie auch keine Mehrheit mehr in den Umfragen. Wir müssen nun versuchen, glaubwürdige Antworten zu geben. Kompetenz ist gefragt.

ENTSCHEIDUNG: *Der Kanzlerkandidat hat Dich in seinen engen Beraterkreis berufen. Was willst Du in dieser Funktion erreichen?*

SÖDER: Hildegard Müller und ich versuchen, die Ideen der jungen Generation einzubringen. Edmund Stoiber ist für uns ein Glücksfall – er setzt sich für Zukunfts- und Bildungschancen ein. Die JU wird ihm geschlossen zur Seite stehen. Dabei verstehen wir

uns als Anwalt der Jungen. Unser Job ist es, das Lebensgefühl und die Wünsche der modernen Generation in die Politik des Kanzlerkandidaten zu transportieren.

ENTSCHEIDUNG: *Du bist auch Vorsitzender der CSU-Medienkommission. Wie beurteilst Du die Berufung von Michael Spreng als Medienberater des Kanzlerkandidaten?*

SÖDER: Spreng ist eine hervorragende Wahl. Als langjähriger Chefredakteur einer großen Zeitung verfügt er über den richtigen journalistischen Instinkt. Dabei nimmt er keinen politischen Einfluss, sondern hilft mögliche Zerrbilder des Kandidaten abzubauen. Außerdem finde ich ihn sympathisch und freue mich auf die Zusammenarbeit.



Volle Kraft voraus

Wie die Union die Bundestagswahl gewinnen wird

Hotline: Schröder zum Abhören: 030/22070220
Weitere Infos erhaltet Ihr auch unter www.wahl-fakten.de und unter www.cdu.de

Seitdem die Union in Magdeburg ihre Personalentscheidung zugunsten Edmund Stoibers getroffen hat, breitet sich Panik bei der SPD aus. Nicht zuletzt der unsägliche Vergleich des Abgeordneten Stieglers (immerhin SPD-Fraktions-Vize) bezüglich der „unrühmlichen“ Vergangenheit von Union und FDP macht deutlich, dass die Regierung vor lauter Angst, im September abgewählt zu werden, nur noch um sich schlägt und die Grenzen der gebotenen Fairness längst überschreitet.

KURZ NOTIERT

Der Kanzler der Arbeitslosigkeit „Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosenquote signifikant zu senken, dann haben wir es weder verdient, wiedergewählt zu werden, noch werden wir wiedergewählt.“ Gerhard Schröder, Spiegel Nr. 39 21.9.1998

Gute Leistung von Stoiber

Währenddessen kommt der Wahlkampf der Union in Schwung. Der Kanzlerkandidat und CSU-Chef setzt Zeichen. Wichtigstes Thema der Auseinandersetzung mit der Bundesregierung ist dabei die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Kanzler Schröder, der 1998 vollmundig eine deutliche Senkung der Arbeitslosenzahlen versprochen hatte, muss jetzt einräumen, dass er sein Versprechen gebrochen hat. Mit dem Besuch in Neubrandenburg hat Edmund Stoiber gezeigt, dass er das Problem angeht. Seine Kompetenz, die er

als bayerischer Ministerpräsident erworben hat, will er für ganz Deutschland in den Dienst stellen. Die programmatische Neuausrichtung der Union in den letzten vier Jahren zahlt sich jetzt aus. Vor der Bundespressekonferenz in Berlin präsentierten nun Edmund Stoiber und der CDU-Vize-Vorsitzende Christian Wulff der Öffentlichkeit die konkreten Vorstellungen der Union zur Beschäftigungspolitik. Unter dem Titel „Arbeitnehmer entlasten – Vorfahrt für Beschäftigung“ stellte der Kanzlerkandidat ein Drei-Säulen-Modell der CDU und CSU vor:

■ Anhebung der Grenze der geringfügigen Beschäftigung von 325 Euro auf 400 Euro. Wegfall der Sozialversicherungsbeiträge (derzeit 22 Prozent). Der Arbeitgeber soll eine Pauschalsteuer in Höhe von 20 Prozent entrichten.

■ Der Niedriglohnsektor wird gestärkt. Zwischen 401 Euro und 800 Euro wird die Abgabenlast gesenkt. Der Arbeitnehmeranteil an der Sozialversicherung wird linear von 0 auf 20,5 Prozent ansteigen. Dadurch gibt es keine Belastungssprünge.

■ Die Union schafft Anreize zur Arbeitsaufnahme. Die Empfänger

von Arbeitslosengeld, die eine Beschäftigung aufnehmen, deren Entgelt geringer ist als das Arbeitslosengeld, erhalten durch die Bundesanstalt für Arbeit eine Aufstockung bis zur Höhe des Arbeitslosengeldes und als weiteren Anreiz einen Zuschlag von 10 Prozent. Empfänger von Sozialhilfe, die eine Arbeit aufnehmen, die unter den Sozialhilfesätzen entlohnt wird, erhalten eine Zuzahlung durch die Träger der Sozialhilfe.

Mit diesem Konzept zeigt die Union und Edmund Stoiber, dass sie es ernst meint, mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Während die Bundesregierung in den Skandal um die Bundesanstalt für Arbeit gezogen wird, stellt die Union ihre Lösungskonzepte vor.

Diesen Kurs wird die Union und ihr Kandidat fortsetzen. In den nächsten Wochen werden die Probleme der Bundesregierung und des Landes noch deutlicher sichtbar. Schröder hat dafür keine Lösungen oder Konzepte. Die Union wird ihn an diesem und anderen Punkten stellen. Die Regierung wird am 22. September abgelöst.

Edmund Stoiber kann es!

Helen Rang

Der Kanzlerkandidat der Union findet großen Zuspruch in der Wirtschaft

Es war lange schwierig, als realistische, wirtschaftsorientierte Frau klar zu äußern, wer der bessere Kanzlerkandidat der Union sei. Anscheinend passte doch alles: Endlich eine Frau. Und dann auch noch aus dem Osten. Die immer wieder diskutierte „große Frage“: War Deutschland reif für eine Kanzlerin? Würden die machtorientierten Männer das dulden? Aber passte wirklich alles? Diese wichtige Frage blieb lange unwichtig. Frauen müssten diese Kandidatin doch besonders begrüßen, hieß es, und würden es nach diversen Pressemeldungen ja auch tun. Diese oberflächliche Logik erwies sich schnell als falsch. „Wenn Edmund Stoiber eine Frau wäre“, mit dieser politischen Erfahrung und Aussagebereitschaft, den Fähigkeiten, der Ausstrahlung und der Leistungskraft, wäre die CDU/CSU unschlagbar. Dies konnte - wenn überhaupt - nur meine Antwort auf eine derartige Frage sein. Doch die Fragestellung war schlicht unrealistisch. Deutschlands wichtigstes politisches Amt kann nicht auf das Geschlecht einer Person reduziert werden.

Der Kandidat mit den besten Aussichten

Der oder die Kandidat/in war zu finden, der die besten Aussichten hat, das Ziel der Ablösung dieser Bundesregierung zu erreichen und hierfür die erforderlichen Mehrheiten mobilisieren zu kön-

nen. Die breite Akzeptanz einer realistischen Einschätzung war die einzige Lösung, die Frage des Geschlechts dabei überhaupt nicht relevant, allein die Frage der richtigen Persönlichkeit. Und die richtige Persönlichkeit mit den besten Chancen und einer breiten, echten Zustimmung, besonders in der Wirtschaft, ist Edmund Stoiber. Denn die Qualifikation „zuhören können“ (Sympathiebekundung von Rolf E. Breuer für Angela Merkel) reicht in Entscheiderkreisen nicht aus. Edmund Stoiber hat bewiesen, dass er in einem der bedeutendsten Länder in Deutschland wirtschaftliche Ziele und damit sozialen Wohlstand erreicht hat, von dem andere Länder nur träumen oder in Wunschvorstellungen reden. Dem einen oder anderen ist möglicherweise noch nicht hinreichend bewusst, welche zukunftsorientierte Infra-

schätzender Standortfaktor in der Wirtschaft). Gerade erst wurde Münchens „bester Polizist“ als Polizeipräsident nach Hamburg geholt, um versäumtes in die richtige Richtung zu lenken. Bayern hat die niedrigste Staatsquote und die meisten Investitionen, und auf die geringe Arbeitslosenquote des Freistaates blickt ganz Deutschland.

Stoiber für Deutschland

Die Menschen trauen Edmund Stoiber zu, wirtschaftliche und soziale Reformen auch im gesamten Bundesgebiet zu verwirklichen, damit unsere Volkswirtschaft wieder ihre weltweit führende Stellung einnimmt. Stoiber macht deutlich, dass Wirtschaftswachstum und die Verringerung von Arbeitslosigkeit die besten Mittel sind, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Er findet hierfür interna-

tionale Anerkennung - auch ein nicht zu unterschätzender Faktor. Dies jederzeit und auch polarisierend für die nächsten Monate

Die Menschen trauen Edmund Stoiber zu, wirtschaftliche und soziale Reformen auch im gesamten Bundesgebiet zu verwirklichen.

struktur der bayerische Ministerpräsident in seinem Land geschaffen hat. Dieser Vorsprung wird besonders im Vergleich zum restlichen Deutschland deutlich. Bayern ist führend im High-Tech-Bereich, führend als Standort für Biotechnologie und auch führend in der Bekämpfung von Kriminalität (ein nicht zu unter-

öffentlich deutlich zu machen, kann ich mir von der gesamten CDU/CSU nur wünschen. Der Unterstützung großer Teile der Wirtschaft kann sich der Kandidat Edmund Stoiber sicher sein.

ZUR PERSON

Helene Rang

ist selbständige Unternehmensberaterin in Hamburg mit langjähriger Erfahrung in der internationalen Wirtschaftsförderung, autor@entscheidung.de

Vergiftetes Lob

Gott sei Dank! Die Entscheidung über den Kanzlerkandidaten der Union ist da. Sie war überfällig und drohte am Ende gar in der Apokalypse zu enden.



Uwe Alschner
alschner@entscheidung.de

ZUR PERSON

»Der Autor ist Leiter Unternehmenskommunikation der Piepenbrock Dienstleistungsgruppe«

Anstatt sich an die selbst vorgegebene Sprachregelung zu halten, nach der in einem gemeinsamen Gespräch zwischen ihnen über die K-Frage entschieden werden sollte, kam es Anfang Januar fast zum Super-Gau. Über die Medien ließen Angela Merkel und Edmund Stoiber wissen, dass beide die Kandidatur beanspruchten. Eine nachhaltige Beschädigung, die vor allem Angela Merkel fürchten musste, konnte nur um Haaresbreite vermieden werden, indem die CDU-Vorsitzende doch noch nachgab und einen vorzeitigen Besuch in Wolfratshausen einschob, bevor sie sich zur Magdeburger Bundesvorstandsklausur auf den Weg machte. Dort blieb somit der befürchtete Show-Down aus. Jetzt gilt es, die Reihen zwischen den verschiedenen Lagern geschlossen zu halten. Nur so kann der Wahlkampf gegen Schröder optimal gelingen und die Union wieder ins Kanzleramt einziehen.

Doch es droht nach wie vor, dass sich die Merkel-Fans in ihrem Engagement zurückhalten. Nicht zuletzt der gerade von der CDU-Chefin selbst initiierte Schlusspurt in der K-Frage könnte an vielen Stellen an der Basis den Blick für die Realitäten verstellen haben. Bis zuletzt wurde immer wieder angeführt, Merkel sei die aussichtsreichere Kandidatin gegen Schröder. Stoiber, so ließ sich fataler Weise sogar aus Merksels eigener Begründung für „ihren“ Vorschlag im Bundesvorstand zur Nominierung des Bayern ableiten, sei allein deswegen

Kandidat geworden, um die CSU bei der Stange zu halten. „Geschlossenheit“ sei für sie von höchster Bedeutung gewesen, sagte die CDU-Chefin.

Es lohnt sich also, die Frage der Eignung der Kandidaten einmal näher zu betrachten. Dabei ist weniger überraschend, dass Edmund Stoiber von der SPD und Schröder vor allem deswegen gefürchtet wird, weil eine geradezu bestechende Leistungsbilanz in Bayern einen überwältigenden Kompetenzbeweis abgeben: Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Kriminalitätsrate, Zuwanderung: in Bayern ist die Welt gerade in diesen Dingen in Ordnung, die Schröder am 22. September besonders schwer zu schaffen machen werden. Wie sehr die SPD Stoiber fürchtet, lässt sich ablesen an der schwachen und ungewohnt defensiven Reaktion der SPD-Spitze und insbesondere Münteferrings auf die Entscheidung vom 11. Januar.

Überraschend ist vielmehr, mit welcher Unbefangenheit die angeblichen Vorteile Angela Merksels gegenüber Stoiber aufgenommen und weitergegeben wurden: Angela Merkel komme bei jungen Wählerinnen und Wählern besser an als Edmund Stoiber. Und auch im Norden und in den neuen Ländern hätte die in Brandenburg aufgewachsene gebürtige Hamburgerin klare Vorteile, war auffallend häufig in Zeitungen wie der FR und der Süddeutschen zu lesen oder aus

Sendern wie dem WDR zu hören.

Wenn aber ausgerechnet Journalisten wie Heribert Prantl von der SZ oder Werner Sonne von der ARD die Vorzüge einer CDU-Politikerin preisen, ist Vorsicht geboten. Das solches Lob vergiftet sein kann und gefährlich ist, hat die Union bereits mehrfach zu spüren bekommen. Gerade Wolfgang Schäuble kann ein Lied davon singen, dass gerade Leitartikler wie Prantl, die 1997 vehement die Vorzüge Schäubles als CDU-Kanzlerkandidat gepriesen hatten, keine Skrupel kannten als es darum ging, mit Hilfe zwielichtiger Zeugen die politische Karriere Schäubles zu zerstören und zwar just zu dem Zeitpunkt, als er und die von ihm von Wahlsieg zu Wahlsieg geführte CDU der SPD und dem Beinahe-Ex-Kanzler Schröder gefährlich wurde. Wir wissen heute, dass nichts von den Anschuldigungen Schreibers bewiesen werden konnte. Wir wissen auch, dass Edmund Stoiber sowohl bei jungen Wählern, in Norddeutschland wie auch in den neuen Bundesländern gut, sogar besser ankommt als Schröder. Hüten wir uns also vor falschen Freunden und windigen Ratgebern mit besonderer Interessenslage! Die Union darf sich nicht durch tatsicher einsetzende Versuche, publizistische Zwittertracht in ihre Reihen zu tragen, auseinanderdividieren lassen. Alle Anhänger von CDU und CSU müssen jetzt erkennen, dass Edmund Stoiber sämtliche Voraussetzungen mitbringt, die Kanzlerschaft Gerhard Schröders auf das zu reduzieren, was sie am 22. September gewesen sein wird: eine bloße Episode. **e**

Für alle geht es um viel

Start ins Wahljahr 2002

Konstantin Schwab
kschwab@entscheidung.de

Das Wahljahr hat begonnen. In den Parteizentralen beginnt man, sich zu rüsten. Argumente und Slogans werden gestestet, Kleinwerbemittel in Auftrag gegeben, die rhetorischen Klängen gewetzt. Die Spannung steigt. Der Kanzler und seine rot-grünen Minister sitzen längst nicht mehr so sicher in ihren Sesseln, wie es noch vor Monaten den Anschein hatte. Der Wäscheleinen-Effekt – unter Demoskopen die Bezeichnung für das Phänomen, dass eine amtierende Regierung in der Mitte der Legislaturperiode in der Wählergunst durchhängt – funktioniert für das Kabinett Schröder offenbar umgekehrt. Die schlechten Wirtschaftsdaten machen dem Medienkanzler zu schaffen. Gut drei Jahre regieren Rot-Grün, und die Bilanz ist unerfreulich: zunehmende Arbeitslosigkeit, Rezession, Unternehmenspleiten auf Rekordniveau. Dazu kommen höhere Steuern und steigende Sozialbeiträge – bei fortdauernd düsteren Aussichten. Der Spaß ist vorbei. Der Wähler will Leistung sehen und droht in den Umfragen mit der Quittung.

Der Spaß ist vorbei

Vielen klingt heute wieder das inzwischen berühmte Schröder-Diktum in den Ohren, das der damals frisch gebackene Regierungschef in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1998 geäußert hatte: „Wir wollen uns jederzeit daran messen lassen, in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen“. Das in der „Wir-machen-vieles-besser“-Euphorie des Machtwechsels eifertig aufge-



Es gibt noch viel zu tun für die Union

stellte Prüfkriterium wird mit jeder Veröffentlichung aus Nürnberg zum Bumerang. Besserung ist nicht in Sicht. Da hilft auch kein Lavieren oder der Verweis auf die angeblich gestiegenen Beschäftigtenzahlen. Denn es hat sich inzwischen herumgesprochen, dass diese Daten ihre kosmetische Aufhellung vor allem der Aufnahme der geringfügig Beschäftigten in die Statistik verdanken. Langsam dringt durch, was die Union schon seit langem fordert und der selektiven Nachbesserungspolitik der Regierung gegenüberstellt: Aufbrechen der Überreglementierung in der Arbeitsmarktpolitik, durchgreifende Vereinfachung des Steuersystems, Infrastrukturinvestitionen statt teure konsumtive Programme. Die Bürger trauen der Union wieder etwas zu. Eine Mehrheit der Bürger wünscht sich die Koalition aus CDU/CSU und FDP zurück.

Doch es gibt noch viel zu tun bei der Union, um wieder mehrheitsfähig zu werden. Das schlechte Aussehen der Regierung wird am Ende nicht ausreichen, um Wahlsieger sein zu können. Was noch immer fehlt, ist ein leicht kommunizierbares, geschlossenes Politikkonzept, das Selbstsicherheit, Fähigkeit und Problemlösungskraft vermittelt, ein erkennbar-griffiger Gegenentwurf zur rot-grünen Beliebigkeit. Die Wahlkampf vorbereitungen werden zeigen müssen, wie souverän die Union mit ihren angestammten Themen und Kompetenzdomänen umgehen kann: Wirtschaft, Familie, Sozialpolitik. Die Sozialdemokraten waren vor dem Machtwechsel 1998 nur zufällig die anderen. Die Union muss 2002 überzeugen. Sie muss ihre programmatische Überlegenheit neu einsetzen und die Wähler aktiv für sich gewinnen. Es reicht nicht, bloße Alternative sein.

Das Wahljahr 2002 wird einige harte Auseinandersetzungen bringen. Seitdem der Wahlsieg für die Union wieder erreichbar scheint, geht es für alle Parteien in ihrer taktischen Ausgangslage um viel: Die SPD hofft auf den Machterhalt und versucht sich unter Gegenwind über die Zeit zu retten. Die Union will stärkste Kraft werden und stellt sich auf zum Regieren. Die Grünen fürchten um ihre blanke politische Existenz, und die FDP testet ihr neu gewonnenes Selbstvertrauen und ihren Anspruch als politisches Mittelgewicht (18 Prozent). Die Arena ist eröffnet, der Ausgang des Kräfte-messens jedoch ist offen.

e

Der »Ewig-Vorsitzende«

Wege in die Politik:

„Der Name Bernd Neumann könnte als Synonym für CDU in den bremischen Politikwörterbüchern gelten“, heißt es in der Gratulationsschrift der Jungen Union Bremen zum 60. Geburtstag des CDU-Landesvorsitzenden im Januar 2002. Die **ENTSCHEIDUNG** machte sich auf die Suche nach dem Erfolgsrezept, wie man fast ein Vierteljahrhundert (und mehr) lang an der Spitze eines Verbandes stehen kann.

■ Georg Milde



Es waren die frühen, (noch) ruhigen sechziger Jahre, in denen

Adenauer Kanzler und die Welt noch in Ordnung war. „Damals gab es noch keine radikalen Linkstrends“, erinnert sich Bernd Neumann an seine Wehrdienstzeit bei der Luftwaffe zurück, während der er 1962 Mitglied der CDU wurde. Ehe er sich versah, gehörte er wenige Jahre später bereits den Kreisvorständen von JU und Mutterpartei an und war „plötzlich mit-tendrin“. Diese Position schien es dem jungen Nachwuchspolitiker angetan zu haben, denn von da an ging es auf der Überholspur bergauf. „Ich war nie Mitläufer oder Konformist“, betont er im Rückblick. Mit 25 wurde

der soeben als Lehrer in den bremischen Schuldienst Getretene in einer Kampfkandidatur Landesvorsitzender der JU Bremen. „Schon damals gehörte es zu den Lieblingsbeschäftigungen von Bernd Neumann, zu telefonieren“, legt die JU-Gratulationsschrift einen Baustein seines Erfolgsrezeptes offen. Doch nach seinem Wahlsieg setzte er alles daran, die unterlegene Seite zu integrieren und ernannte seinen Gegenkandidaten zum Landesgeschäftsführer. Als erster Bremer schaffte er 1969 den Sprung in den JU-Bundesvorstand. „Damals war ich schockiert über die dort vertretenen älteren Herren“,

erinnert er sich an die Zeit, in der sich noch 40-Jährige in den JU-Kreisen tummelten. Schnell gehörte Neumann dem sogenannten „Reformflügel“ der Partei an und erlebte die permanenten Konflikte des damaligen JU-Bundesvorsitzenden Jürgen Echnach mit der Jungen Union Bayern, vornehmlich deren Landesvorsitzenden Theo Waigel. „Aber ich hatte unter den Bayern gute Freunde“, berichtet Neumann und begründet mit dieser „Machtreserve“ seine Wahl zum stellvertretenden JU-Bundesvorsitzenden im Jahr 1971 (als Nachfolger des späteren Bundesministers Heinz Riesenhuber).

Den JU-Bundesvorsitz im Blick

Als es 1973 um die Frage ging, wer neuer Bundesvorsitzender der Jungen Union werden sollte, liebäugelte auch Neumann mit diesem Amt. Die Chancen standen nicht schlecht für ihn, da die Bayern grünes Licht gegeben hatten - auch wenn es drei weitere Bewerber aus dem Rheinland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gab. Dass sich schließlich letztgenannter Landesverband mit seinem Kandidaten Matthias Wissmann durchsetzte, lag auch an der Tatsache, dass Neumann erst gar nicht antrat. Zwischenzeitlich war der CDU-Fraktionsvorsitzende in der Bremischen Bürgerschaft gestürzt worden, indem sich Neumann mit 18 zu 16 Stimmen gegen ihn durchsetzte. "Das war für mich der Ausstiegsgrund aus der Jungen Union." So lag der politische Schwerpunkt des jungen Oppositionsführers in den folgenden Jahren ausschließlich in Bremen, wo er bei Bürgerschaftswahlen 1975 mit 33 Jahren bundesweit jüngster Spitzenkandidat einer Landtagswahl wurde. Nachdem diese Wahl das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der Bremer CDU brachte, war Neumann auch bei den beiden folgenden Wahlen Spitzenkandidat und wechselte 1987 in den Deutschen Bundestag.

Acht Jahre zuvor hatte er sein inzwischen legendäres Amt als CDU-Landesvorsitzender übernommen, nachdem sein Vorgänger zurückgetreten war. Der Grund: Sein Ärger über die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß, der daraufhin bemerkte, was interessiere schon die Meinung des Häuptling eines Pygmäenstaates. Der neue Häuptling Bernd Neumann ging an die Arbeit: "Wir haben die Bremer Honoratiorenpartei richtig umgekrempelt."

Junge Union als Motor

Frischen Wind fordert er auch vom heutigen Parteinachwuchs. "Die Junge Union muss der Motor sein!" Dazu zählen für ihn der Mut, Konflikte einzugehen sowie der permanente Gedanke an die Zukunft. "Die Beiträge zur Parteiveränderung, die wir früher geliefert haben, waren substanzieller und wurden ernster genommen als heute. Wir waren schwieriger." So plädiert Neumann bis heute für lebendige Parteitage, auf denen bewusst auch Anträge gestellt werden

Nachwuchspolitiker als bei SPD und Grünen zusammen an. "Ich habe immer gute Leute von außen dazu geholt", sagt er und impliziert, wer in Bremen die Personalauswahl trifft. Das galt auch für die Besetzung der Senatorenposten, seitdem die CDU Bremen 1995 Koalitionspartner der SPD im Senat ist: Von außen stießen der Banker Ulrich Nölle, der "Beck's"-Chef Josef Hattig sowie der Hamburger Hartmut Perschau in die CDU-Regierungsmannschaft, wofür Neumann bei seinen Parteifreunden



Henning Scherf (l.) und Helmut Kohl auf der Feier zum 60. Geburtstag von Bernd Neumann im Januar diesen Jahres.

sollen, die keine Chance auf Annahme durch die Delegierten haben. "Ich wünsche mir mehr Unbequemlichkeit." Gerade wenn man wie er lange dabei sei, gelte es darauf zu achten, immer wieder Bestehendes zu verändern und Neues auszuprobieren. Nicht ohne Stolz verweist er auf die CDU-Bürgerschaftsfraktion, die den höchsten Frauenanteil aller Landtagsfraktionen der Union hat. Zudem gehören der Fraktion mit zehn Abgeordneten unter 35 Jahren fast doppelt so viele

immer wieder werben musste. Dass die Union in der Hansestadt überhaupt an die Schalthebel der Macht gekommen ist, grenzt an ein Wunder. "Dafür habe ich Jahrzehnte gekämpft. Denn im Vergleich mit allen anderen Bundesländern sind wir das schwierigste CDU-Pflaster", so Neumann, der nicht ohne Freude darauf verweist, dass das letzte Wahlergebnis seines Landesverbandes über denen großer Bundesländer wie Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen liegt.

Lenker im Hintergrund

Bernd Neumann weiß, wie Politik funktioniert. "Er war und ist ein Perfektionist; am liebsten hätte er sich auch seine eigene Opposition organisiert", beschreibt ihn der frühere Bremer JU-Chef Ronald-Mike Neumeyer. Nicht umsonst hat Neumann manche Kampfkandidatur gewonnen und als CDU-Landesfürst Ehrgeizlinge ausgebremst. "Am liebsten lenke ich die Geschicke aus dem Hintergrund", verrät er und be-

antwortet somit zugleich die Frage, warum er trotz der CDU-Regierungsbeteiligung nie Senator werden wollte, sondern lieber von Bonn nach Berlin umzog. Trotzdem gibt er offen zu, Einfluss auf die aktuelle Politik in Bremen zu nehmen: "Es tut gut, dort etwas konkret bewirken zu können, was auf Bundesebene in Zeiten der Opposition nicht möglich ist." Dass er es in der Bundeshauptstadt mit anderen Herausforderungen zu tun hat, zeigt die Zahl der Bremer CDU-Bundestagsabgeordneten: Bernd Neumann himself. "Als Einzelkämpfer bin ich praktisch meine eigene Hausmacht", schmunzelt er und verhehlt nicht seinen Stolz, dass er 1991 trotzdem den Sprung in die Bundesregierung schaffte: Bis 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesforschungsministerium. Zuvor hatte ihn der damalige Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende Helmut Kohl bereits nach der Wende in der DDR als Berater der damaligen Allianzparteien beauftragt. Sein Verhältnis zu Kohl ist bis heute eng geblieben, und so sorgte Neumann Anfang 2000 für bundesweite Aufmerksamkeit, als er den Altbundeskanzler auf dem Höhepunkt der Spenden-

BERND NEUMANN

vorwürfe zum Neujahrsempfang der Bremer CDU einlud. 4000 begeisterte Zuhörer machten dieses Flagge-Zeigen zu einem nicht nur medial eindrucksvollen Erlebnis. "Es waren 16 gute Jahre für Deutschland", begründet Neumann seinen Dank für Kohls herausragende Leistungen.

Der Medienpolitiker

Heute ist das Steckenpferd Neumanns in der Bundestagsfraktion die Medienpolitik. "Diese wird in der Union leider nicht durchgehend ernstgenommen - es gibt einfach zu wenig Medienpolitiker." Stattdessen würden sich die meisten Unionspolitiker nur fragen, warum so viele Linke in den öffentlichen Medienanstalten säßen. "Von den Medien sind heute die politischen Chancen einer Partei abhängig", gibt Neumann zu bedenken. Im Filmbereich ist der Bremer sogar der einzige CDU-Bundespolitiker, der sich ehrenamtlich in der Filmförderung engagiert und darüber hinaus der Jury des Deutschen Filmpreises angehört. "Das macht mir viel Spaß, weil dort nicht nur Leute aus der Politik dabei sind." Jährlich organisiert Neumann den Filmempfang der CDU Deutschlands in Berlin. "Vor zwanzig Jahren wäre es noch völlig undenkbar gewesen, dass Regisseure wie Volker Schlöndorff an CDU-Veranstaltungen teilnehmen", freut er sich über den heutigen regen Zu-

spruch. "Diese Offenheit müssen wir nutzen, denn Wahlerfolge sind die Addition der Kleinarbeit bei Multiplikatoren."

Das größte Hobby von Bernd Neumann ist der Fußball. Jahrelang spielte er in der Fußballmannschaft des Bundestages, und auch heute betritt er noch das Spielfeld, wenn der Freundeskreis des SV Werder Bremen einlädt. "Da kommt sogar der Rudi Assauer aus Gelsenkirchen in den Norden", erzählt Neumann begeistert, "und dann wird richtig hart gespielt." Seine Liebe zum SV Werder führt dazu, dass Neumann mit seinem Sohn viele Auswärtsspiele des Vereins besucht und im Hintergrund Lobbyarbeit betreibt. "Werder Bremen kann zur Zeit jeden schlagen", prophezeit er, auch wenn er den Mannschaften aus München, Leverkusen und Dortmund aufgrund ihrer riesigen Etats die besseren Meisterchancen zuspricht. "Aber gerade das fasziniert mich an Bremen: Mit weniger Geld trotzdem oben dabei sein." So läuft es im Sport nicht anders als in der Politik, wo Neumann auch ohne Hausmacht Regierungsmitglied wurde. Dass er auch in den kommenden Jahren bundespolitisch mitspielen wird, ist sicher: Die CDU-Bremen nominierte ihren "Ewig-Vorsitzenden" mit 96 Prozent der Stimmen erneut zum Spitzenkandidaten für die kommende Bundestagswahl. **e**

Zur Person: Bernd Neumann

- 1967/73** Landesvorsitzender der JU Bremen
- 1971/73** stellv. JU-Bundesvorsitzender
- 1973/87** CDU-Fraktionsvorsitzender in der Bremischen Bürgerschaft
- seit 1975** Mitglied des CDU-Bundesvorstandes
- seit 1979** Landesvorsitzender der CDU Bremen
- seit 1987** Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1991/98** Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesforschungsministerium

Heiko Rottmann

Afghanistan-Einsatz
macht das Scheitern
von Rot-Grün deutlich

Einsatz mit Umwegen

Solche Schlagzeilen hatte wohl kaum jemand in Deutschland zu Beginn des "deutschen Afghanistan-Einsatzes" erwartet: "Einsatz im Grand Hotel" titelten halb spötelnd, halb mitleidig viele deutsche Tageszeitungen Anfang Januar, als das deutsch-niederländische Vorkommando für die International Security Assistance Force (ISAF) im winterlichen türkischen Trabzon auf ihren Weiterflug in den Hindukusch warteten. So sehr diese Überschriften auch dem gefährlichen Afghanistan-Einsatz der deutschen Friedenstruppen nicht gerecht werden, so machen sie doch deutlich, dass die Bundeswehr ihre Rolle als "Einsatzarmee" noch nicht vollständig eingenommen hat.



Heiko Rottmann

hrottmann@junge-union.de

Beisitzer im Bundesvorstand

Eines der größten Probleme stellen dabei, wie das ISAF-Engagement leider schon erneut gezeigt hat, die deutschen, ja sogar europäischen Kapazitäten beim Lufttransport über weite Strecken hinweg dar. Im September 2000 noch hatte Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) mit seinem niederländischen Amtskollegen eine Vereinbarung unterzeichnet, die besagt, dass künftig deutsche Transportflieger die Königlich-Niederländischen Streitkräfte - natürlich gegen Kostenbeteiligung - durch die Lüfte chauffieren sollen. "Ein bedeutender Beitrag zum Aufbau eines europäischen Lufttransportkommandos", hieß es damals von Scharping aus dem Berliner Bendlerblock. Eineinhalb Jahre später herrscht verkehrte Welt. Die niederländische Luftwaffe versucht unter erheblichen Schwierigkeiten das gemeinsame Kontingent nach Afghanistan zu bringen, da den deutschen Kameraden die geeigneten Maschinen fehlen, um in einem Flug Personal und Material für das Vorkomman-

do sicher über die lange Distanz auf den noch intakten Rollfeldern Afghanistans abzusetzen. Die entsprechenden Flugzeuge vom Typ Airbus 400 Military (A400M) werden erst zum Ende des Jahrzehnts der Luftwaffe zur Verfügung stehen. Und selbst dies ist noch nicht gesichert.

Ungedekter Scheck

Zwar hat Wehrminister Scharping im Dezember einen Industrievertrag unterzeichnet, der die Beschaffung von 73 Maschinen des Typs vorsieht, jedoch stellt der Kontrakt nichts weiter als einen ungedeckten Scheck dar. Die Fraktionen der eigenen Regierungskoalition verweigerten ihrem Minister im Haushaltsausschuss des Bundestages die Zustimmung zur Finanzierung dieser Stückzahl. Stattdessen heißt es aus Reihen der Haushaltspolitiker von Bündnis90/Die Grünen und SPD: "40 Maschinen tun es auch." Den Antrag der Union, der es Scharping erlaubt hätte, tatsächlich voll finanziert 73 Flugzeuge zu bestellen, hatte die Koalitionsmehrheit



im Ausschuss wenige Wochen zuvor abgelehnt - ein haushaltspolitischer Schlag ins Gesicht der Soldaten der Bundeswehr, der Mitarbeiter der nach dem "11. September" gebeutelten Luftfahrtindustrie und nicht zuletzt von Deutschlands Alliierten.

Aber damit nicht genug der Probleme, die die Bundeswehr zurzeit im Zusammenhang mit ihren Einsätzen zu schultern hat. Während Scharping verkünden musste, dass ein Drittel der Streitkräfte bereits durch Einsätze sowie durch deren Vor- und Nachbereitung gebunden sei, wurden zum Jahresende auch noch Berichte laut, wonach es Defizite bei der persönlichen Ausrüstung der deutschen Einsatzkräfte gebe. So bemängelte der "Deutsche Bundeswehrverband" das Fehlen von modernen Splitterschutzwesten. Modelle vom Typ "Bristol" - eines dieser aus Großbritannien stammenden beschusssicheren Exemplare aus Kevlar wiegt zwischen 10 bis 15 Kilogramm - müssten von den Einsatztruppen auf dem Balkan kurzfristig an ihre ISAF-Kameraden abgegeben werden, um diese angemessen ausstatten zu können, hieß es. Die Liste der von der "Soldatengewerkschaft" angeführten Mängel ließe sich ohne weiteres fortsetzen.

Lapidare Erklärung

Zur Finanzierung des deutschen Beitrages heißt es in dem vom Bundestag beschlossenen Mandat übrigens lapidar: "Die einsatzbedingten Ausgaben werden im Haushaltsjahr 2002 gegebenenfalls durch Umschichtungen finanziert." Noch wenige Wochen zuvor hatte Finanzminister Hans Eichel (SPD) solche Umschichtungen zur Finanzierung der Operation "Enduring Freedom" sowie für die so genannten "Sicherheitspakete I und II" abgelehnt und dem Parlament

Steuererhöhungen zum Beschluss vorgelegt. Deshalb muss er sich jetzt von der Opposition vorhalten lassen, wo denn diese "Umschichtungen" herkommen sollen? Etwa aus dem Haushalt der Entwicklungsministerin? Oder aus dem Etat des Auswärtigen Amtes?

Aber auch ohne die Zusatzkosten des Afghanistan-Engagements "pfeift der Wehretat aus dem letzten Loch". Die Modernisierung oder Ablösung von Waffensystemen aus der Zeit des "Kalten Krieges", etwa die des Schützenpanzers "Marder", waren schon zur Amtszeit Volker Rühes (CDU) überfällig gewesen. Um in seiner Not wenigstens das bundeswehreigene, jedoch altertümliche Telefon- und Datenleitungsnetz modernisiert zu bekommen, sucht Verteidigungsminister Scharping Rettung in Form einer Teilprivatisierung von Material und Personal samt privater Vorfinanzierung durch Konsortien der Deutschen Telekom oder von CSC Ploenzke. Hochrangige Offiziere auf der Bonner Hardthöhe, wo immer noch große Teile des Verteidigungsministeriums ihren Dienstszitz haben, befürchten die Aufgabe von "Kernfähigkeiten" und verweisen auf die US-Streitkräfte und die Deutsche Bahn, die ihre einst teilprivatisierten Netze nun wieder zurückfordern.

Zurück zum Thema "Einsatz in Afghanistan": Zumindest beim Mandat mit dem die deutschen Soldaten in den Einsatz in und um Kabul geschickt wurden, scheint die Bundesregierung aus den Mazedonien-Debatten gelernt zu haben, indem sie auf einen Einsatz auf Grundlage von Kapitel VII der UN-Charta bestand. Damit haben die deutschen Friedensschützer nicht nur die Möglichkeit der Selbstverteidigung, die sie entgegen so mancher Falschmeldung auch nach Kapitel VI haben. Ein Engagement nach Kapitel VII bedeutet vielmehr

aber das Recht auf "militärischen Durchgriff" vor Ort. Dies bedeutet jedoch auch, dass die Soldaten auch über die entsprechende Ausrüstung verfügen müssen, um diesen Anspruch glaubhaft zu unterstreichen.

Scharping gescheitert

Kaum jemand glaubt derzeit jedoch, dass die Bundeswehr ihre Ausrüstungs-, Finanz- und Personaldefizite kurzfristig wesentlich verbessern können. Die Scharpingsche Bundeswehr-Reform wird nicht nur von der Opposition als gescheitert angesehen. Auch aus der Truppe und unter den Koalitionären regt sich der Unmut. Noch-Generalinspekteur Harald Kujat (der General wechselt im Laufe des Jahres als Vorsitzender des Militärausschusses zur NATO nach Brüssel) musste bereits eine "Prüfeschleife" ankündigen. Bis zum März will Deutschlands oberster Soldat die von ihm selbst noch als Chef des Planungsstabs des Verteidigungsministeriums konzipierte Reform wieder auf den Prüfstand stellen. Und schon jetzt macht der scheidende Inspekteur in Vorträgen mittlerweile öffentlich klar: Entweder die Streitkräfte bekommen mehr Geld oder es muss bei ihren Aufgaben künftig gespart werden. Die so genannte "Friedensdividende" scheint mittlerweile vollends aufgezehrt zu sein.

Unterdessen nutzt der grüne Koalitionspartner die aktuelle Diskussion, um eine erneute Debatte über die Größe der Bundeswehr anzustoßen. So forderte Grünen-MdB Rezzo Schlauch - ganz im Geiste des '98er-Wahlplakats "Wähl! Grün, und Du musst nicht zum Bund!" - den Ausstieg aus der Allgemeinen Wehrpflicht. Der Bundeswehr stehen also gerade im Wahljahr weiter turbulente Diskussionen ins Haus.



Zwei politische Systeme, zwei Sprachen?

Politisch bedingte Unterschiede in der Sprache der beiden deutschen Staaten

Zur Person

Christoph Hauschild,
autor@entscheidung.de,
arbeitet zur Zeit an seiner
Magisterarbeit zum Thema
„Sprache und Gestik in der
Politik“.

Christoph Hauschild

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung hat sich neben vielen, weitaus drastischeren Fragen auch die nach der Einheit der Sprache gestellt. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in Berlin – stark divergierendes Wahlverhalten in Ost und West – kann man auf der Suche nach Erklärungen hierfür sicherlich nicht zuletzt auch Bezug auf die unterschiedlich wahrgenommenen Realitäten nehmen.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die sprachlichen Folgen der deutschen Teilung sehr oft überschätzt worden sind: 98 Prozent des Wortschatzes sowie der gesamte Aufbau der Sprache waren identisch. Es ist also rundweg falsch, von der Existenz zweier deutscher Sprachen auszugehen. Lediglich die gegensätzliche politische Entwicklung hat sich in der jeweiligen Ausprägung der deutschen Sprache manifestiert. Während in der Sprache der Bundesrepublik unter dem Einfluss der Kultur der Vereinigten Staaten immer mehr englische Fremdwörter auftauchten (die sich entgegen der staatlichen Absichten auch im Umgangssprachegebrauch der DDR durchsetzten), nahm die russische Sprache Einfluss auf das Deutsch in der DDR. Als Gegensatzpaare sind hier zum Beispiel „Team“ und „Kollektiv“ oder „Astronaut“ und „Kosmonaut“ anzuführen. Eigentümlich für viele dieser sogenannten Lehnwörter aus dem Russischen ist, dass sie direkt aus dem Griechischen und Lateinischen abgelei-

tet werden können, so etwa „Revanchist“ oder „Diversant“. Es war eine größere Zahl von Lehnübersetzungen als von Lehnbildungen nach russischem Vorbild zu beobachten: „Selbststudium“ und „Personenkult“ sind Beispiele für diese Lehnübersetzungen. Auf dem Gebiet der politischen Sprache sind die Unterschiede oftmals im tendenziösen Gebrauch bestimmter Begriffe durch die DDR-Organisationen zu manifestieren. Gleiche Wortkörper hatten durch unterschiedliche ideologische Ansätze unterschiedliche Bedeutungen bekommen. So bedeutete „parteilich“ in der DDR, dass man auf der Linie der Partei war. Ein „Opportunist“ war ein „Verräter der Interessen des Proletariats“. Diese Ausformung der deutschen Sprache war anfänglich die Sprache der SED, die dann im Laufe der Zeit dafür Sorge trug, dass diese Form zur einzigen politischen Sprache des Staates wurde. Bestimmte Begriffe waren in der DDR in ihrer Bedeutung viel exakter defi-

niert, als dies ursprünglich der Fall war. So wurde etwa der Begriff „Aggression“ auf die „imperialistische, kapitalistische Aggression“ beschränkt. Dem Durchschnittsbürger, der mit der Verwendung der offiziellen politischen Terminologie sein Einverständnis mit dem Regime signalisierte, standen zur Beschreibung einiger Phänomene nur über das Westfernsehen die entsprechenden Begriffe zur Verfügung. Dass er diese im politischen Raum aber eben nicht verwenden konnte sorgte dafür, dass bei der Erläuterung bestimmter Zusammenhänge Schwierigkeiten auftreten konnten. Die Entwicklung des DDR-Wortschatzes im wiedervereinigten Deutschland ist auch 11 Jahre nach der Überwindung der Teilung recht schwer abzuschätzen. Fest steht, dass in gewissen politischen Bereichen, teils aus ideologischen, teils aus nostalgischen Gründen, diese Ausformung der deutschen Sprache immer noch kultiviert wird. e



Andreas Schwegel
 autor@entscheidung.de

Preußens Vermächtnis

„Letztlich sind
 wir alle Preußen“

(Konrad Adenauer)

Andreas Schwegel
 ist stellv. Landesvor-
 sitzender der
 JU Niedersachsen

Trotz einer entspannteren historischen Sichtweise im Preußenjahr 2001 - der dreihundertjährigen Wiederkehr seiner Erhebung zum Königtum - ist der Hang zur Dämonisierung dieses geschichtsträchtigen Staates im öffentlichen Bewusstsein unserer Republik immer noch stark ausgeprägt. Gewiss: Preußen kennzeichnete seine ganze Geschichte hindurch das Janusgesicht des Macht- und Ideenstaates, das - aus heutiger Sicht - anziehende wie abstoßende Elemente aufwies. Idealtypisch verkörperte sich die ambivalente Verbindung von Staatsräson und Idealismus in der Gestalt König Friedrichs des Großen, der den machtbesusst-skrupellosen Feldherrn wie den intellektuellen Schönggeist in sich vereinte, was ja gerade seine schillernde Faszination ausmacht.

Bemerkenswert ist, dass gerade die Teile der preußisch-deutschen Geschichte, die sich für die Pflege einer freiheitlich-demokratischen Staatstradition in Deutschland hervorragend anbieten, gerne geflissentlich unterschlagen werden. Das republikanische Preußen der Jahre 1919 bis 1932 unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun und herausragenden Innenpolitikern wie Carl Severing oder Albert Grzesinski - ebenfalls beide SPD - war ein „Bollwerk der Demokraten“ (Peter Merseburger) im krisengeplagten Reich, stabil regiert und vorzüglich verwaltet durch ein pflichtbewusstes wie loyales Beamtenkorps. Otto Braun, ein selbstbewusster, kühler und disziplinierter Ostpreuße, der so gar nicht in das Bild der politisch korrekten SPD-Führung von heute passt (rühmliche Ausnahme: Helmut Schmidt), brachte das spezifische Ethos Preußens einmal auf die Formel: „...nüch-

terne Sachlichkeit, Arbeitsamkeit, Unbestechlichkeit, Rechtlichkeit, kurz jenes Pflichtbewusstsein, wie es der große Sohn meiner Vaterstadt Königsberg, Immanuel Kant, als moralisches Gebot aller Menschen zur Richtschnur ihres Handelns aufgibt.“ Zutreffend stellte jüngst Edmund Stoiber in einem Beitrag anlässlich des Preußenjahres fest: „Es sind diese positiven Merkmale, die auch Grundlage einer freiheitlichen Ordnung sein konnten: etwa Pflichtgefühl, Verantwortungsbereitschaft, Rechtschaffenheit und Opferbereitschaft.“ Eine Rückbesinnung auf diese Prinzipien, auf die jedes Gemeinwesen elementar angewiesen ist, und das freiheitlich-demokratische Erbe des republikanischen Preußen, könnte die Berliner Republik gut vertragen. Denn eine Demokratie, deren Staatsräson einseitig an die Schattenseiten der Geschichte anknüpft, wird in harten Krisenzeiten wenig Bestand aufweisen.

e

Keine Audienz

für JÜler beim
„König von Mallorca“

Sebastian Gehrold

Das Volk erwartet den König zur Huldigung – und dieser nimmt den Hintereingang. Wo gib't denn so etwas? Beim Neujahrsempfang der SPD Main-Kinzig am 11. Januar. Dort erwartete eine bunte Schar junger Fans aus den Reihen der JU Hessen Rudolf Scharping, um ihn vor Ort zum „König von Mallorca“ zu krönen. Geschmückt mit den traditionellen Kostümen der Inselbewohner, ausgerüstet mit ortsüblichen Getränken und Musik, hielten sich die Untertanen bereit. Selbst ein Thron in Form eines Liegestuhles stand bereit, doch der Bademeister von der Hardthöhe vermied es, die Huldigungen entgegenzunehmen.

Dabei wäre dies ein wahrlich kampfjetartiger Aufstieg des Hotelpool-Admirals geworden, den die SPD-Basis bei der Wahl zum Parteivize auf dem Bundesparteitag im letzten November noch mit einem desaströsen Ergebnis von unter 60% für seine medienwirksame Sommerreise bestraft hatte. Doch seitdem Gerhard Schröder sich sogar genötigt fühlte, aus Angst vor einem optischen déjà-vu-Effekt Rudolf Scharping den Karibik-Urlaub über den Jahreswechsel zu untersagen, scheint dem Bundes-TUI-Minister die Lust auf Sonnenbaden vergangen.

So entging ihm auch die Aufforderung der JÜler, seinen Kabinetts-

sessel endgültig zugunsten eines handtuch-gesicherten Liegeplatzes am Wassertisch zu räumen. „Das wäre angesichts seiner peinlichen Auftritte in der Öffentlichkeit und seines Versagens in der Sachpolitik mehr als angemessen“, begründete der stellvertretende Landesvorsitzende der JU, Peter Gabler, die Aktion, die vor Ort von den Stadtverbänden Freigericht, Langenselbold und Wächtersbach unterstützt wurde. So hatte die Junge Union auch Plakate mitgebracht, die Scharping als gekrönten König zeigten, versehen mit der Aufschrift „Du bist der König von Mallorca – und leider immer noch Verteidigungsminister!“. Manch ein Sozialdemokrat blickte angesichts der eher

gesetzten Stimmung im Saal etwas neidisch auf die draußen feiernden JÜler.

Doch die treuen Monarchisten mögen noch nicht aufgeben. Sie hoffen, dass Scharping seine Regentschaft nach dem 22. September antritt – genug Zeit wird er dann ja haben. Damit wäre auch die Junge Union zufrieden: „Rudolf I.“ würde sein feierfreudiges Volk mit königlichen Pool-Partys belustigen und die Bundeswehr, ihre Soldaten und Deutschland könnten wieder auf eine verlässliche Politik bauen. Und eine ständige Flugbereitschaft stände ihm ja nach wie vor zur Verfügung...



»Das Innenleben der Macht«

Rezension des neuen
Langguth-Buches

Volker Nies
nies@entscheidung.de

Der Autor

Gerd Langguth:
Das Innenleben
der Macht. Krise
und Zukunft der
CDU, 328 Seiten,
Berlin: Ullstein,
20,95 Euro.



Wenn ein jahrzehntelanger parteipolitischer Insider persönliche Erfahrungen mit seinen analytischen Instrumenten als Professor für Politikwissenschaft kombiniert und ein Buch über die CDU schreibt, verspricht dies, aufschlussreich zu werden. In der Tat ist Gerd Langguth, zuletzt geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, davor unter anderem Bundestagsabgeordneter, Mitglied des CDU-Bundesvorstandes und Staatssekretär, vor allem eine sehr gute und anschauliche Analyse der (partei-)politischen Herrschaftsmethoden Helmut Kohls gelungen. Langguth pointierte Urteilen ist anzumerken, dass er unter dem "System Kohl" zuletzt selbst litt. Viele Details - wie etwa der Hinweis, dass Kohls Sekretärin Juli-

ane Weber in Norbert Blüms Bonner Haus wohnte, sei für den Sozialminister die beste politische Lebensversicherung gewesen - machen diesen Teil besonders lesenswert, auch wenn man natürlich nicht jedem Urteil Langguths zustimmen muss. Interessant ist auch die Beschreibung der Mitarbeiter in Kohls engster Umgebung. Die Analyse des "lebenden Objekts CDU" ist natürlich schwieriger als die Untersuchung der Ära Kohl. Langguth glaubt, dass sich die CDU auch deshalb so lange in der Krise befunden habe, weil die Führung, um die Partei nicht zu spalten, jede Auseinandersetzung über die Gründe der Wahlniederlage vermieden und den Einfluss Helmut Kohls zu spät zurückgedrängt habe. Er kritisiert eine "innere und geistige

politische Verzagtheit" in der CDU, der die klare Botschaft in wichtigen Feldern fehle, die zu wenig angriffslustig sei und zu wenig eigene Themen vorgebe. Edmund Stoiber, Angela Merkel und Friedrich Merz werden gekonnt portraitiert. Für Funktionäre der Jungen Union, die eine Karriere als Berufspolitiker anstreben, sehr ernüchternd sind die Beschreibungen der Zwänge, denen sich die Abgeordneten üblicherweise freiwillig unterwerfen, um ihre Position zu behaupten. Politiker wollen zudem nur Macht, nicht um Ideale zu verwirklichen, sondern um ihren eigenen sozialen Status zu sichern, schreibt Langguth.

e

Besser vernetzt!

Die conject AG hat ihren Sitz in München und ist im Internet erreichbar unter www.conject.com

Übrig geblieben sind nicht viele Start-ups der New Economy - einen erfolgreichen Weg hat die conject AG eingeschlagen.

Mittlerweile sind sie fast ein wenig aus der Mode gekommen, wenn sie es denn je waren. Oder sagen wir es so: Viele der Start-ups sind nicht übrig geblieben, denn es war einfach auch viel Utopisches dabei. Nur eine gute Idee und viel Venture-Capital allein reichen eben nicht, um langfristig zu überleben. Anders scheint es bei einer Münchner Unternehmensgründung zu laufen, wo sich im April 2000 zwölf Gründer – allesamt Leute mit guten, festen beruflichen Positionen – zusammen getan und die conject AG gegründet haben. Auch einige ehemalige CDU-Mitarbeiter sind dabei.

Das Start-up heißt conject und agiert aus der bayerischen Metropole mit heute 35 Mitarbeitern und Dienstleistungspartnern in elf deutschen Städten.

Hier hat man eine spezielle, mittlerweile auch zum Patent angemeldete Software entwickelt, die Firmen unternehmensübergreifend vernetzt. „Wer in virtuellen Projekträumen zusammen arbeitet, kann viel Zeit und Geld sparen“, erklärt Mitgründer Ralf-Stefan Golinski, früher als Medienreferent bei Peter Hintze und Angela Merkel tätig, heute bei conject für die Segmente E-Government und öffentliche Bauvorhaben verantwortlich. Genau das will conject seinen Kunden bieten: Durch eine professionelle, schnelle und zeitgemäße Kommunikation über das weltweite Netz Prozessabläufe vereinfachen und beschleunigen, indem alle Beteiligten auf der conject-Plattform zusammenarbeiten. Natürlich zeit- und ortsunabhängig.

Internet sorgt beim Bau für weniger Baumängel

Momentan kümmern sich die Münchner vor allem um große Bauprojekte wie beispielsweise den BMW-Werksneubau in Leipzig oder diverse Projekte der Allianz Immobilien GmbH, die in Hamburg, Frankfurt und München mit conject ihre Bauten hochzieht. Immer dann, wenn es gilt, viele Dokumente mit vielen Beteiligten auszutauschen oder zu bearbeiten (bei BMW arbeiten momentan allein über 100 Planer gemeinsam auf der conject-Plattform!) ist es sinnvoll, das weltweite Netz für die Kommunikation und Dokumentation zu nutzen. Denn hier versendet nichts in der Post. Alles kann jederzeit am Bildschirm aktuell bearbeitet werden. Kein Plan ist schon wieder veraltet, wenn sich der Architekt daran setzt und ihn ver-

Besser vernetzt
bauen lautet das Motto
von conject – hier sieben
von insgesamt zwölf
Gründern.



ändert. Viele Fehler können so von vornherein vermieden werden. Auch später ans Licht kommende Baumängel: Bausachverständige haben jetzt dokumentiert, wie viele Mängel allein bei den Rohbauarbeiten des Berliner Reichstagsgebäudes zu beklagen sind - ganze 4.350 Stück! Und der Bericht stellt heraus, dass 40 Prozent der Schäden bereits in einer fehlerhaften Planung begründet liegen. Das Internet kann dagegen zur notwendigen Transparenz beitragen.

»Auch die beste Software ist immer nur so gut, wie sie tatsächlich eingesetzt wird.«

PHILIP VON DITFURTH
Vorstandsmitglied bei conject

conject ist zuversichtlich, hier konsequent Abhilfe zu schaffen. Nicht nur, weil es unternehmerisch richtig ist, neue Techniken einzusetzen, um zeitgemäß besser vernetzt zu arbeiten. Sondern weil das Arbeiten in virtuellen Räumen den Kunden auch emotional anspricht. Ein

Beispiel dafür ist Diplom-Ingenieur Stefan Mersmann aus dem Architekturbüro Dr. Krieger: „Unser Haus ist fasziniert davon, wie sehr die Abläufe vereinfacht werden!“ - „Diese Mischung“, meint Mitgründerin Elke Tonscheidt, zuletzt Sprecherin der Adenauer-Stiftung in Berlin, „ist wichtig, um ein gutes Produkt auch langfristig im Markt zu verankern.“ So hat das Start-up schnell gelernt, nicht nur eine professionelle IT-Lösung anzubieten, sondern gleich auch die komplette Projektbetreuung. Philip von Ditfurth, heute Vorstandsmitglied bei conject und früher bei der Deutschen Post in Bonn beschäftigt, ist sicher: „Auch die beste Software ist immer nur so gut, wie sie tatsächlich eingesetzt wird.“ Deshalb bietet conject einen ausgefeilten Kundenservice - vor Ort und auch als Hotline per Telefon.

Erfolgreich von der Politik in die Wirtschaft

Die zwölf Gründer, alle aus den unterschiedlichsten Berufssparten stammend (Architekten, Informatiker, Berater, Ingenieure oder dem Bereich der politischen Kommunikation) sind sich auch heute - nach dem Gründer-Boom und trotz Börsenflaute - einig, wie wichtig es ist, für eine Idee mit den richtigen Mitteln zu

„kämpfen“. Kleine Organisationen sind hier natürlich viel flexibler, sich neuen Gegebenheiten schnell anzupassen. Auch conject hat hier verschiedene Lernkurven hinter sich. Angebote, die sich nicht oder mit zuviel Aufwand für ein kleines Team realisieren ließen, wurden zurückgefahren, Erfahrungen anderer flossen in die Geschäftsplanung ein. Dazu CEO Martin Reents, zuvor bei McKinsey tätig: „Wir legen viel Wert auf die Zusammenarbeit mit unseren Partnern, aber auch der conject-Beirat - 26 Persönlichkeiten aus der Bau-, Immobilien- und Finanzbranche - ist hier sehr hilfreich, ein so junges und entwicklungsfähiges Unternehmen zu unterstützen.“ So arbeiten Profis aus der Bauwirtschaft, zum Beispiel das über 800 Mitarbeiter starke Planungsbüro OBERMEYER oder Geschäftsführer der DeTeImmobilien oder der Deutschen Bank, aber auch Leute wie der frühere Deutsche-Welle-Intendant Dieter Weirich, der mittlerweile unter anderem die Fraport AG berät, für das Münchner Unternehmen. Wie ist das Arbeiten in der freien Wirtschaft, verglichen mit dem Engagement für die Politik? Golinski und Tonscheidt sind einer Meinung: Genauso spannend, doch die Entscheidungswege sind einfach kürzer. Und auch, wenn der Reiz der Politik präsent ist, so würden sie den Schritt in die Selbstständigkeit immer wieder wagen. Gerne auch mit ihr - obwohl es dafür heute vielleicht noch zu früh scheint. Denn auch in der Politik gibt es viele Bereiche, die durch den Einsatz neuer Techniken vorangebracht, besser vernetzt werden könnten. Man denke nur an die Papierflut vor Bundesparteitagen und die mühsame Abstimmung der Anträge! Wie war das noch? Man sieht sich immer zweimal im Leben.

Medienpolitik in der Jungen Union

Vom 1. bis 3. November 2001 trafen sich in Berlin 25 interessierte JU-Mitglieder aus ganz Deutschland zum medienpolitischen Seminar des JU-Bundesverbandes, das in Kooperation mit der JU Brandenburg stattfand.

Jan-H. Klaps

Eine „Medien-seite“ gehört inzwischen zum Standard einer jeden überregionalen Qualitätszeitung.

Spätestens seit der New Economy und dem Internet-Hype ist die Medienpolitik aus ihrem Hinterzimmerdasein hervorgetreten. Die Junge Union hat auf diese Entwicklung bereits vorausschauend reagiert, indem sie den Deutschlandtag im Jahr 2000 diesem Themenkomplex widmete. „Deutschland digit@!“ ist der JU-Beschluss überschrieben und bildet die Grundlage für die medienpolitischen Aktivitäten der Jungen Union. Im vergangenen Sommer startete der Bundesverband die INITIATIVE FLATRATE zugunsten einer bezahlbaren Internetpauschale.

Das medienpolitische Seminar in Berlin, das von Bundesvorstandmitglied Daniel Walther und dem bayerischen Deutschlandrat Florian Hahn organisiert wurde, behandelte vergangenen November die Bereiche „Deutscher Film“, Informations- und Kommunikationspolitik, die JU-Forderung nach einer Flatrate sowie die klassische Rundfunkpolitik. Der „1. Filmpolitische Abend“ bildete den Auftakt zum Seminar. In einem Berliner Kinosaal fand sich eine kompetente Diskussionsrunde, unter anderem mit der Stellvertreterin des Vorstandes der Filmförderanstalt, Kirsten Niehuus, zum Thema „Deutscher Film und deutsche Kinos: eine verhängnisvolle Affäre?“ zusammen. Dabei stellte der mittelständische Filmproduzent Alexander Thies, Geschäftsführer von Neue Filmproduktion, die derzeitige Situation des deutschen Films als sehr schwierig dar. Thies informierte in einer kurzen Prä-

Flatrate - eines der vielen Themen auf dem medienpolitischen Seminar der JU. Weit über 20.000 Postkarten wurden inzwischen per E-Mail an den Bundeskanzler über die Seite www.junge-union.de/flatrate geschickt. Es bleibt zu hoffen, dass die Aktion bald Wirkung zeigt und es endlich auch in Deutschland eine Internet-Flatrate im Schmalbandbereich gibt.

sentation das Publikum über sein Filmprojekt „Martin Luther“, das in Kürze unter anderem mit Peter Ustinov gedreht werden wird. Der

Geschäftsführer des Hauptverbandes Deutscher Filmtheater e.V. (HDF), Dr. Andreas Kramer, verwies auf die finanziell aufwendigen Umstellungsprozesse, der sich deutsche Kinos im Zuge der Digitalisierung ausgesetzt sehen. Abgerundet wurde der Abend mit der Vorführung des Kurzfilms „Die große Operation“ des jungen Regisseurs Till Franzen (discofilm), der zusammen mit seinen Kollegen auch den weiteren Verlauf des Seminars mit vielen Informationen und Anregungen aus der Praxis bereicherte.

Am nächsten Vormittag tagte die JU-Seminargruppe bei Alcatel. Der Geschäftsführer der Alcatel SEL Stiftung für Kommunikationsforschung, Dr. Dieter Klumpp, referierte sehr eindrucksvoll zur Informations- und Kommunikationspolitik in Deutschland. Die Informationsgesellschaft komme nicht von selbst, das Tempo müsse beschleunigt werden, betonte Dr. Klumpp. Um die „phantastischen Potentiale“, die sich mit der Informations- und Kommunikationstechnik eröffnen, bestmöglich nutzen zu können, müsse die Politik nun zügig die Rahmenbedingungen anpassen. Im Anschluss daran lieferten sich vor dem Hintergrund der JU-Initiative die Vertreter der Deutschen Telekom AG und von AOL Deutschlands, Axel Knörig und Melanie Büscher, zusammen mit den Seminarteilnehmern eine leidenschaftliche Diskussion über das Für und Wider einer Flatrate im Schmalbandbereich.

Nachmittags zog die Seminargruppe dann weiter zu Sat1, wo das Vorstandsmitglied von Sat1Pro7 - zugleich auch ehemaliger Chefredakteur der ENTSCHEIDUNG -, Jürgen Doetz, einen Überblick über die aktuelle Rundfunkpolitik geben konnte. Mit dem ebenfalls anwesenden ZDF-Fernsehratsmitglied Saskia Funck (JU/CDU Brandenburg) konnten im weiteren Verlauf wesentliche Aspekte des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, insbesondere im Bereich Jugendschutz, erörtert werden. Gleich darauf ging es dann weiter zur JU-Medienparty, die die JU Brandenburg für die Seminarteilnehmer und für eine Menge anderer JÜler in Potsdam organisiert hatte. Dort stellte Florian Hahn, Deutschlandrat der JU Bayern, Werbemittel des laufenden Kommunalwahlkampfes vor. Insbesondere interessierten sich die JÜler für seine Beispiele im Einsatz des Internets im Kommunalwahlkampf. Einmal in Potsdam, blieb man dann auch gleich vor Ort und besuchte am nächsten Morgen den ORB sowie das Digital Play-Out-Center der ARD.

Während des Seminars entwickelten die Teilnehmer eine Menge an Ideen und Vorschlägen, die in die medienpolitische Arbeit des Bundesverbandes einfließen werden. Erste praktische Folge davon ist die filmpolitische Positionierung „Die Zukunft des deutschen Films“, die der Bundesvorstand auf seiner Januar-Sitzung in Frankfurt vorgenommen hat. Auf einem filmpolitischen Empfang hat der Bundesverband am Rande der Berlinale darüber Fachpublikum und Presse informiert. Es folgt ein Bericht in der nächsten Ausgabe der ENTSCHEIDUNG.

Stephanie Denzler

am Menschen.

Für Günzburg!

Nach 32 Jahren SPD-Herrschaft in Günzburg wollen sie für die CSU gewinnen: Theo Waigel und Alfred Sauter mit Oberbürgermeisterkandidatin Stephanie Denzler.

Sie hat gute Chancen, Oberbürgermeisterin in Günzburg zu werden: Stephanie Denzler. Bis zu ihrem Umzug ins Schwabenland war die 27-Jährige stellvertretende Kreisvorsitzende der JU-Regensburg-Stadt. Die Rechtsanwältin will in Günzburg nach 32 Jahren SPD-Herrschaft den Oberbürgermeistersessel für die CSU holen. Mit großem Einsatz, ihrer offenen und frischen Art und ihrem Elan steigen Bekanntheitsgrad und Sympathiewerte für Stephanie Denzler stetig. Ihre Ideen und Ziele nennt sie im Gespräch mit der ENTSCHEIDUNG.

Stephanie Denzler ist mit 27 Jahren Oberbürgermeisterkandidatin für Günzburg in Bayern

ENTSCHEIDUNG: *Mit 27 Jahren wirst Du vielleicht eine der jüngsten – wenn nicht sogar die jüngste – Oberbürgermeisterin in Deutschland. Welche beruflichen Erfahrungen bringst du mit?*

STEPHANIE: Berufliche Erfahrungen konnte ich zunächst während meines Jura-Studiums auf den unterschiedlichsten Gebieten sammeln. Unter anderem habe ich als Assistentin der Geschäftsleitung in einem großen Ingenieurbüro in Regensburg einen eigenen Verantwortungsbereich selbstständig betreut, und ich war in der CSU-Landesleitung dem persönlichen Referenten des damaligen CSU-Vorsitzenden Dr.

Theo Waigel unterstellt. Nach dem Abschluss meines Studiums war ich in einem Architekturbüro in Regensburg als Rechtsanwältin zuständig für Projektmanagement und baurechtliche Fragen. Seit 2001 habe ich die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Mediengesellschaft der Bayerischen Wirtschaft betreut. Dabei konnte ich sehr viele Kontakte vor allem zu Unternehmen knüpfen, die mir für meine Tätigkeit als Oberbürgermeisterin sicherlich hilfreich sein werden. Ich bin überzeugt davon, dass ich als Volljuristin die idealen Voraussetzungen für ein derartiges Amt mitbringe.

ENTSCHEIDUNG: *Und welchen politischen Weg hast Du hinter Dir?*

STEPHANIE: Politisch aktiv bin ich seit ich denken kann. In einer so politischen Familie wie der meinen liegt das in gewisser Weise schon in den Genen. Mein Vater ist Landrat im Landkreis Bamberg. Bereits als Kind stand ich an Infoständen und habe für die CSU geworben. In Regensburg war ich stellvertretende JU-Kreisvorsitzende, CSU-Vorsitzende des größten Ortsverbandes im Bundeswahlkreis Regensburg, hatte zahlreiche politische Ämter in den Untergruppierungen der CSU und war bis zu meiner Kandidatur in Günzburg auch auf dem aussichtsreichen Platz 12 der Regensburger CSU-Stadtratsliste. Durch diese Vielzahl an Funktionen konnte ich einiges an Erfahrung in politischer Verantwortung und in der Leitung von Gremien sammeln.

ENTSCHEIDUNG: *Am 17. Mai 2002 wird in Günzburg der deutschlandweit einzige Legoland-Park eröffnen - eine große Herausforderung für die Stadt. Wie willst Du an dieses Großprojekt rangehen und es vor allem für Günzburg nutzen?*

STEPHANIE: Ab dem Mai 2002 sollen jährlich rund 1,2 Millionen Besucher nach Legoland und somit in unsere Region kommen. Legoland ist in meinen Augen die aktuelle Herausforderung für Günzburg – und zugleich die Chance für Günzburg, die wir dringend nutzen müssen. Wir müssen alles dafür geben, dass Legoland uns vorwärts bringt und wir diese Gelegenheit, um die uns einige Städte beneiden, nutzen. Hierfür ist die Zusammenarbeit mit dem Landkreis sehr wichtig. Dieser hat unter Beteiligung der Stadt Günzburg eine Regionalmarketing GbR ins Leben gerufen, die den Landkreis Günzburg und die Stadt



Volljuristin Stephanie Denzler kann auf Menschen zugehen. Mit Elan und großem Einsatz hat sie gute Chancen, eine der jüngsten Oberbürgermeisterinnen Deutschlands zu werden.

professionell auf die Zukunft und auf Legoland vorbereiten soll. Leider ist in dieser Richtung in Günzburg selbst noch nicht viel geschehen – im Gegensatz zum Landkreis. Die Stadt kann und muss sich endlich wesentlich stärker einbringen! Und darin sehe ich im Hinblick auf Legoland meine erste Aufgabe, die es zu bewältigen gilt.

ENTSCHEIDUNG: *Du bist keine Einheimische und bist ganz neu von Regensburg nach Günzburg gekommen: Trotzdem ist Dein Bekanntheitsgrad schon enorm groß - vermutlich sogar höher noch als der Deiner Mitbewerber. Wie hast Du das geschafft?*

STEPHANIE: Durch glaubhafte, ehrliche Aussagen, keine leeren Versprechungen, emotionale Verbundenheit, gute Ideen und einen professionellen Wahlkampf mit ständiger Präsenz vor Ort bei den Bürgern. Unmittelbar nach meiner Nominierung bin ich nach Günzburg gezogen und besuche seither natürlich möglichst viele Veranstaltungen. Darüber hinaus habe ich ein Bürgerbüro in der Innenstadt von Günzburg eröffnet, in dem ich für die Bür-

ger regelmäßig persönlich und am Telefon immer erreichbar bin. Entscheidend ist der Kontakt zu den Bürgern. Deshalb ist mein oberstes Ziel, möglichst viele Bürger Günzburgs persönlich zu treffen und mit ihnen zu sprechen – bei Infoständen,

Mein persönliches Motto lautet:
»Siegen wird nur, wer daran glaubt, dass er es kann!« Und ich glaube daran!

Stephanie Denzler

durch Hausbesuche und bei Veranstaltungen. Die Menschen spüren, dass ich nicht zu jung bin für dieses Amt, und dass ich mich für sie und ihre Stadt einsetzen werde – mit meiner gesamten Kraft, Energie und Zeit. Die Menschen wollen keine angepassten Politiker, sondern erwarten eigene Standpunkte, und nicht ein ständiges Umkippen, nur weil es vielleicht eine unangenehme Entscheidung ist – ich werde ihnen zeigen, dass ich genau ein solcher Mensch und Politiker bin.

ENTSCHEIDUNG: *Du hast Dein Alter angesprochen – in JU-Kreisen zählst Du ja schon zur oberen Altersgruppe – aber für die Günzburger Bürgerinnen und Bürger bist Du schon sehr jung, oder?*

STEPHANIE: Sicherlich bin ich mit 27 Jahren relativ jung für das Amt eines Oberbürgermeisters. Entscheidend ist aber nicht die Zahl der Lebensjahre, viel wichtiger ist das politische Gespür und der persönliche Wille, erfolgreich zu sein. Viele Jahre lang habe ich die Kommunalpolitik hautnah und in all ihren Facetten erlebt. Ich bin überzeugt davon, dass mir all diese Erfahrungen helfen, mit 27 Jahren reif zu sein für dieses Amt. Mein persönliches Motto lautet: „Siegen wird nur, wer daran glaubt, dass er es kann!“ Und ich glaube daran! **e**

Ein Mann sieht blau



Hans Peter Repnik

Hans Eichel geht es dieser Tage wie vielen Schülern, die gerade Zeugnisse bekommen haben und die in einem oder mehreren Fächern ziemlich wackelig dastehen: Sie haben das Soll nicht erfüllt oder laufen Gefahr, es nicht zu erfüllen. Der Lehrer hat ihnen bereits eröffnet, dass der berühmte „blaue Brief“ unterwegs sei, und die meisten wissen, was das bedeutet: Das gibt zu Hause eine gehörige Standpauke!

Eichels Brief trägt zwar einen Brüsseler Poststempel, aber ansonsten geht der Vergleich mit der Schule voll auf. Das trifft auch auf seine Reaktion zu. Der Finanzminister hat – warum auch immer – das Image eines Strebers, und die müssen im Fall einer Rüge die Häme der ganzen Klasse besonders fürchten. So lächelt Hans Eichel gequält in die Tagesschau-Kamera: Der blaue Brief sei nicht an ihn adressiert! Ja, an wen denn sonst? Die 2,7 Prozent, die wir täglich in der Zeitung finden, beziehen sich schließlich nicht auf das erwartete Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr, sondern auf die Neuverschuldung. Deutschland nähert sich damit der Drei-Prozent-Grenze, die der Stabilitätspakt gerade noch zulässt. Brüssel formuliert keine scharfe Abmahnung, es ist vielmehr eine Frühwarnung. Europa wird nicht hämisch, aber nervös – zu Recht. Hans Eichel gibt sich gelassen – völlig zu Unrecht. Denn es ist Deutschland als eine der tragenden Säulen der EU gewesen, das diese Brandmauer seinerzeit durchgesetzt hat. Die Peinlichkeit, die daraus für uns erwächst, ist eine Sache, die Gefahr für Europa und den Euro eine andere. Faktisch spielt es keine Rolle, dass die Finanzminister am 12. Februar den „blauen Brief“ doch nicht abgeschickt ha-

ben. Er war schon da – quasi „als Fax vorab“, denn das schwächelnde Deutschland ist schon das Thema der EU. Nein, Eichel muss die Vorwarnung zur Kenntnis nehmen, den Kommissaren in Brüssel inhaltlich zu widersprechen, versucht er erst gar nicht. Aber Eichel ärgert sich. Und macht das, was auch ein Schüler in einer vergleichbaren Situation versucht, wenn die Fünf in Mathe nun mal feststeht: Er versucht sich zu rechtfertigen. So, wie die Regierung die Rezession in Deutschland schon seit einiger Zeit begründet: Die US-Wirtschaft wachse nicht, und die Vorgängerregierung habe ihr diese Kassenlage eingebrockt. Nun hängen andere Volkswirtschaften ebenfalls von Amerika ab – z.T. wesentlich stärker als wir, aber das Schlusslicht in der EU bilden wir. Und die Vorgängerregierung, der die Mammutaufgabe zufiel, die Wiedervereinigung auch finanziell auf den Weg zu bringen, ist seit drei Jahren nicht mehr im Amt. Drei Jahre, in denen Rot und Grün auf anschauliche Weise dargestellt haben, wie man die allgemeine Wirtschaftskraft eines Landes durch falsche Politik schwächen kann.



Eine schwache Kassenlage muss dem Land dann nicht die Hoffnung rauben, wenn es sich auf einer Kurve zwar unten befindet, diese aber zumindest aufwärts verläuft. Das ist unter Schröders und Eichels Regentschaft erkennbar nicht der Fall: es geht abwärts – aufwärts verläuft, trotz vollmundiger Versprechen nur die Schuldenkurve. Alle statistischen Tricks haben nichts genützt: Schon die angepeilte Arbeitslosenzahl von 3,5 Millionen wäre nur durch das Herausrechnen einiger „Problemgruppen“ zu erreichen gewesen. Deutschland kommt saisonbereingt auf rund vier Millionen. Solche Leistungen münden in der Schule zunächst in den Hinweis „Versetzung stark gefährdet“ und dann in die „Ehrenrunde“ des Kandidaten. Letzteres wird uns Gerhard Schröder hoffentlich nicht antun.

Konstantin Schwab

Der Euro ist da!

Über das Euro-Gefühl

Nun ist er also da, der Euro. „Unser Geld“ – so hat ihn uns die Gemeinschaftswährungs-PR monatelang angepriesen und sympathisch gemacht. Und mal ehrlich: Er sieht doch hübsch aus. Die Münzen sind noch glänzend und makellos, die Scheine druckfrisch und knitterfrei.

Nachdem die D-Mark-Deutschen sich jahrelang in ihrer Skepsis dem neuen Geld gegenüber gewunden hatten, konnten sie es zu guter Letzt kaum mehr erwarten. Lange Schlangen vor den Ausgabeschaltern der „Starter-Kits“ und zum Teil noch längere vor den Geldautomaten in der Silvesternacht.

Ein bisschen Abenteuergeist liegt in der Luft, es lockt das Neue. Jeder spekuliert für sich, wie lange er Euro-Preise wohl noch in Mark umrechnet und hofft ein bisschen, zumindest einmal das Glück zu haben, vor einer noch nicht Euro-fähigen Parkuhr zu stehen und – unter Berufung auf den Finanzminister höchstselbst – den Parkzins ausnahmsweise völlig legal zu prellen. Indessen spielen sich in Restaurants oder auf öf-



fentlichen Toiletten eigenartige Szenen ab. Man diskutiert und überlegt: Wieviel Trinkgeld gebe ich?

Welche der neuen Münzen lege ich der

Klofrau aufs Tellerchen? Und zugleich kommt ein wenig Urlaubsflair auf, wenn beim Bezahlen wie früher im Ausland jedes Geldstück ganz genau betrachtet und umgedreht werden muss.

Europa wird erfahrbar

Vielleicht hatten die Europapolitiker ja genau das im Kopf, wenn sie immer davon sprachen, dass Europa mit der Einheits-

währung für die Bürger unmittelbar erfahrbar werde. Europa steigt herab aus dem politischen Ideenhimmel dahin, wo es die Leute interessiert – in ihren Geldbeutel. Europa landet auf Ladentischen, in Kaffeeautomaten, beim Gebrauchtwagenhändler.

Und richtig europäisch werden wir uns dann spätestens in ein paar Monaten fühlen dürfen, wenn wir das erste Mal italienische Telefonnummern oder spanische Einkaufslisten auf unseren Geldscheinen finden. Und wer, wie etwa ein bekannter deutscher Schriftsteller, kritisiert, man könne schließlich eine gute Flasche französischen Rotwein unmöglich nicht mit französischen Francs bezahlen, der kann ja auch künftig in der Landessprache abrechnen: Alors, vive l'Euro!

e





Dreieinhalb Jahre rot-grüne Rechtspolitik

Kapitulation vor dem Verbrechen?

Was hat der Kanzler, der nicht alles anders, aber vieles besser machen wollte, schon alles versprochen, das er nachher nicht eingehalten hat? »Steuer«, »Rente«, »Arbeitslosigkeit« – vollmundige Ankündigungen aus der Anfangszeit der Regierung Schröders wurden nach und nach wieder eingesammelt.

Jan-H. Klaps

Nichtsdestotrotz erwies sich Schröder als lernunfähig und tönte noch vorigen Sommer "Wegschließen, und zwar für immer" für Sexualstraftäter, ohne dass dieser Ankündigung Taten gefolgt wären. Im Herbst kann der Bürger diesen Kanzler abwählen, und zwar für immer. So lange wollen die Abgeordneten von CDU und CSU im Bundestag wie auch die Justizminister aus Bayern, Hessen und Thüringen (Weiß, Wagner, Birkmann) nicht warten und legen Initiativen zur verbesserten Kriminalitätsbekämpfung vor. Wer die Vorschläge studiert, wird feststellen, wie schwer es dieser Staat mittlerweile den Strafverfolgern und wie leicht den Verbrechern macht. Dreieinhalb Jahre rot-grüner Rechtspolitik sind nicht nur geprägt von bis ins Krankhafte gesteigertem Abwarten, "Attentismus", sondern auch von gravierenden Einschränkungen der Ermittlungsbefugnisse, vorzüglich im Namen des Grundrechtsschutzes. Solange es kein Grundrecht auf Sicherheit gibt, finden Rechtspolitiker von SPD und Grünen sowie deren Gefolgschaft tatsächlich Argumentationsmaterial für ihre Haltung im Grundgesetz. Bundesjustizministerin Hertha Däubler-Gmelin (SPD) möchte sich anscheinend ein Denkmal als vermeintliche "Rechtsstaatsministerin" setzen und erweitert zu Lasten der

Tätigkeit der Ermittler die Rechte der Beschuldigten. Den "Tunnelblick" rot-grüner Rechtspolitiker kritisierte Hessens Justizminister Wagner als er im Bunderrat sagte, man dürfe den "Blickwinkel des Rechtsstaates nicht ausschließlich auf den Täter und die Wahrung seiner Rechte verengen". Der Schutz der Allgemeinheit und damit auch der Schutz möglicher weiterer Opfer gehöre ebenso zu den Kernaufgaben des Rechtsstaates, so Wagner.

Sparminister Eichel verschlechtert Sicherheitslage in Grenzregionen

Bei den Zollfahndungsämtern, die zum Ressort des Bundesfinanzministers Hans Eichel (SPD) gehören, sind massive, unverantwortliche Kürzungen zu verzeichnen. Ohne Rücksicht auf Verluste werden Zollfahndungsämter geschlossen. Unrühmliches Beispiel ist die Grenzregion Deutschland/Belgien/Niederlande. Hier hat sich seit längerem der Grenzübergang Steinebrück mit der Autobahn 60 als ein Einfallstor für den Drogenschmuggel etabliert. Gleichwohl ist das Zollfahndungsamt Trier aufgelöst worden. Überführte Drogenschmuggler müssen aus der Haft entlassen werden, weil Staatsanwälte und Ermittler in Kaiserslautern mit der Arbeit nicht nachkommen, Haftbefehle innerhalb der durch das Grundgesetz

(Artikel 104) garantierten 48-Stundenfrist nach der polizeilichen "vorläufigen Festnahme" zu erlassen.

Seit Jahresbeginn keine Standorterkennung bei Handys mehr zulässig

In Übereinstimmung mit fast allen Experten, auch denen, die die SPD für eine Anhörung des Bundestags benannt hatte, fordern CDU und CSU die Möglichkeit, beim Verdacht einer schweren Straftat die Standortdaten von Handys im Stand-by-Betrieb aufzuzeichnen. Dies war aufgrund einer befristet gültigen Regelung im Fernmeldeanlagenengesetz bis zum Jahresende zulässig, um Bewegungsprofile von Verdächtigen aufzuzeichnen. CDU und CSU fordern die Entfristung dieser Regelung. Mit der Mehrheit der Koalition hat der Bundestag vier Tage vor Heiligabend beschlossen, die Regelung nicht weiter zu verlängern.

"Hangtäter" laufen lassen?

Eine Anfang März im Bundesrat vorgestellte hessische Initiative hat die Beseitigung eines Missstandes zum Ziel, der bei den in der jüngsten Vergangenheit bekannt gewordenen Sexualverbrechen überdeutlich wurde: Das bestehende Strafrecht schützt die Allgemeinheit vor gefährlichen Straftätern nur lückenhaft. So gibt es eine Vielzahl von Strafprozessen, bei denen im Urteil keine "Sicherungsverwahrung" angeordnet werden konnte, sich nach der Verurteilung des Täters jedoch dessen Gefährlichkeit im Sinne des Strafgesetzbuches-"gefährlicher Hangtäter" – herausstellte. Nach geltendem Recht muss der Verurteilte hier trotz Feststellung seiner Gefährlichkeit nach Verbüßung der Strafe wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Sehenden Auges wird daher der Verurteilte als erhebliches Sicherheitsrisiko in die vor ihm ungeschützte Allgemeinheit entlassen. Mit seiner Bundes-



ratsinitiative will Hessen nun die Verankerung der sogenannten "nachträglichen Sicherungsverwahrung" im Strafgesetzbuch erreichen.

Sexueller Missbrauch von Kindern – kein Verbrechen?

Im Zuge einer so genannten "großen Strafrechtsreform" waren in den 70er Jahren Strafandrohungen herabgesetzt worden, so auch der sexuelle Missbrauch von Kindern, der seit 1974 nur noch ein "Vergehen" ist, Mindeststrafe sechs Monate, statt zuvor ein Jahr, womit es ein "Verbrechen" war. Diese Änderung soll nach dem Willen von CDU und CSU rückgängig gemacht werden. Dies entspricht auch einer Forderung aus der strafrechtlichen Praxis. Der Präsident des Landgerichts Traunstein Klaus Weber, meint "die Kennzeichnung als Verbrechen ist nicht nur wegen des Ranges des geschützten Rechtsguts 'ungestörte sexuelle Entwicklung des Kindes' sondern auch wegen des Grades der Sozialschädlichkeit der Tat angezeit."

Perverse Kinder-Sex-Angebote bestrafen!

Nach dem Gesetzesantrag von CDU und CSU soll mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden, wer ein Kind für eine Sexualstraftat "nachzuweisen verspricht". Die Notwendigkeit zu einer solchen Regelung verdeutlicht ein Fall aus der Praxis: Ein Sadistenpaar, das ein S/M-Studio betrieb, hatte über das Internet für 12.000 DM ein Kind für "extrem" oder "bizarr" sadistische Handlungen angeboten, wobei auch der Tod des Opfers in Kauf genommen wurde (die Entsorgung der Leiche sollte 3000 DM extra kosten). In

der Hauptverhandlung konnte nicht bewiesen werden, daß die Äußerungen des Paares ernst gemeint waren. Das Gericht sprach sie daher vom Vorwurf der Verabredung eines Verbrechens frei. Klaus Weber hält derartige Angebote, ernst gemeint oder nicht, für eine Störung des Rechtsfriedens, schon allein deswegen, weil Polizei und Staatsanwaltschaft zur Aufklärung stets einschreiten müssen.

DNA-Analyse ausweiten

Die DNA-Identitätsfeststellung hat sich mittlerweile zu einem Standardverfahren entwickelt, das aus dem Bereich der modernen Strafverfolgung nicht mehr wegzudenken ist. Sie ist zu einem unverzichtbaren Hilfsmittel bei der Verfolgung von Straftaten gleichzeitig aber auch probates Mittel bei der Entlastung zu Unrecht Verdächtigter geworden. Nach geltendem Recht müssen bestimmte schwere so genannte "Anlassstaten" vorliegen, damit ein überführter Täter in die DNA-Verbrecherkartei aufgenommen werden kann. Minder schwere Delikte, oft Anfangspunkt einer kriminellen Karriere, selbst wenn sie dem Bereich der Sexualdelikte zuzordnen sind, reichen nicht aus. Hier wollen CDU und CSU das Erfordernis der "Anlassstat" wegfallen lassen. Klaus Weber würde es begrüßen, wenn hier die "künstliche Blindheit" der Ermittlungsbehörden zu einem Teil wieder aufgehoben würde. Dem ist nichts hinzuzufügen.



2 x Sachsen

Sachsen Mut zur Verjüngung - Juler in den Bundestag!

Marco Wanderwitz, sächsischer Deutschlandrat der JU, wurde auf der Nominierungsversammlung am 1. Februar einstimmig von den Mitgliedern der CDU-Kreisverbände Chemnitzer Land und Stollberg als Direktkandidat für die Bundestagswahl im Wahlkreis 165 nominiert. Die beiden zuständigen CDU-Kreisvorstände hatten sich nach intensiven Vorgesprächen bereits zuvor einstimmig für seine Kandidatur ausgesprochen. Mit „jugendlichem Elan“ soll der 1998 knapp verlorenen Wahlkreis für die Union zurückgewonnen werden. Nach neuem Zuschnitt fehlen der CDU auf Basis der letzten Bundestagswahl nur 2.500 Stimmen.



Juler Marco Wanderwitz (rechts) ist fest entschlossen den 1998 von der CDU knapp verlorenen Bundestagswahlkreis „zurück zu holen“. Der Kreisvorsitzende der CDU-Chemnitzer Land und Vorsitzende der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, Dr. Fritz Hähle (Bildmitte), drückt seinem Stellvertreter im Amt des Kreisvorsitzenden, Marco Wanderwitz, ebenso die Daumen wie der langjährige Kreisvorsitzende Wolfgang Martin (links).



Michael Kretschmer: "Berlin muss mit uns jungen Sachsen rechnen!"

Nicht ganz so harmonisch ging es im November vergangenen Jahres in der Oberlausitz zu, wo der bisherige CDU-Bundestagsabgeordnete nicht mehr antritt. Michael Kretschmer, 26 Jahre, ging gegen einen amtierenden Landtagsabgeordneten ins Rennen um die Nominierung für den östlichsten Wahlkreis Deutschlands. Diese entschied der langjährige Schatzmeister der JU Sachsen & Niederschlesien dennoch deutlich, mit über 60 Prozent der anwesenden Mitglieder für sich.



Marcel Klemm
klemm@entscheidung.de

Jugend und Politik

Engagement zahlt sich aus!

Die Wahlbeteiligungen in der jüngsten Vergangenheit sind rückläufig, die Mitgliederzahlen der politischen Nachwuchsorganisationen ebenfalls, in den meisten kommunalen Gremien ist der Altersdurchschnitt entschieden zu hoch, in den Ebenen darüber, sieht es auch nicht günstiger aus.

Eigentlich schade, dass die Politik für die Jugend so uninteressant ist oder zu sein scheint, denn so langsam lassen sich die Nachwuchssorgen der Parteien nicht mehr so ohne weiteres wegdiskutieren - das Problem muss angepackt werden. Immer wieder werden nach einer Wahl Gründe für die Politikverdrossenheit in Deutschland gesucht und scheinbar nicht gefunden. Die grundsätzliche Annahme, Politik sei für die junge Generation uninteressant, ist falsch; die Art und Weise, wie die Politiker in der Öffentlichkeit

aufzutreten, die falschen Versprechungen, die sie ständig machen, um nur kurze Zeit später wieder stolz das genaue Gegenteil zu verkünden, um ja allen Bevölkerungsgruppen gleichzeitig gerecht zu werden, ist verheerend. Für dumm verkaufen lassen wir uns nicht, erst recht nicht, wenn ein Politiker angibt, der „Messias“ zu sein, alle Probleme gleichzeitig lösen zu können, um dann, weil er sich übernommen, schließlich kein einziges davon zu lösen. Die jungen Leute in Deutschland wollen Politiker demokratischer Parteien, die sich

für verschiedene und nicht alle für die gleichen Ziele einsetzen, um ihren Interessen entsprechend wählen zu können. Sie fordern, dass das Ziel, das eine Partei vertritt auch mit Nachdruck umgesetzt wird, glaubwürdig sollen Politiker sein und sich nicht von der einen Affäre in die nächste stürzen. Rücktritte wie von Oskar Lafontaine, ohne den und vor allem, ohne dessen Wahlversprechen, die SPD wahrscheinlich die letzte Bundestagswahl gar nicht gewonnen hätte, und Affären, wie die CDU-Spendenaffäre, rauben das letzte Vertrauen der Bevölkerung, vor allem der Jugend, in die Politik. Wer möchte sich da noch auf die Seite der einen oder anderen Partei schlagen und für deren Ziele einsetzen.

Viele Gründe für Desinteresse

Die fehlende Glaubwürdigkeit ist aber nur einer von vielen Gründen für das Desinteresse an unserer Parteienlandschaft, die Strukturen sind einfach nicht mehr ansprechend für den Nachwuchs, nicht mehr zeitgemäß. Welcher Jugendliche lässt sich heute noch für zwei Jahre in einen Ortsverbandsvorstand wählen, wo er dann zwei Jahre lang zu festgesetzten Terminen im Monat für Sitzungen, Arbeitskreise, usw. zur Verfügung stehen soll? In Wahlkampfzeiten wird er für Plakataktionen, Canvassingstände und sonstige Werbefeldzüge der Partei oder meist eines Kandidaten verplant und für nichts anderes ist mehr Zeit. Kann es sein, dass in der heutigen Zeit, solch veraltete Strukturen zum Ende der Parteienlandschaft führen werden? Selbst in den Jugendorganisationen der Parteien, wie in der Jungen Union, bei den Jusos, den Julis oder bei den Grünen ist in den letzten Jahren ein schmerzlicher Mitgliederschwund zu verzeichnen, obwohl hier junge Leute unter sich sind und über Politik diskutieren können, ohne dass die „Alten“ ihnen ständig reinreden, Ausnahmen bestätigen die Regel, haben sich die Zahlen im letzten Jahrzehnt teilweise halbiert. Die Identifikation mit der alles überschattenden Mutterpartei fällt zunehmend schwerer und verunsichert Unentschlossene nur noch zusehens. Wofür steht heute eine SPD, die mit ihrer Ökosteuer ihr eigenes Klientel, die „Arbeiterschaft“ so stark belastet, wofür

eine CDU, die teilweise ohne jedes Fingerspitzengefühl Slogans verbreitet, die an der Bedeutung des „C“ im Parteinamen zweifeln lassen. Auch die kleinen Parteien, die sich irgendwo zwischen dem Kampf der beiden großen, um die verschwommen erscheinende „Neue Mitte“ behaupten wollen, nutzen ihre Chance einfach nicht: Die Herren Möllemann und Westerwelle von der immer liberaler werdenden FDP gehen mit Besuchen im „Big Brother Haus“ auf Jagd nach Erstwählerstimmen, die Grünen verstricken sich ständig in internen Querelen und selbst der einstige „Vorzeigegrüne“ Joschka Fischer, heute nicht mehr in Turnschuhen, jettet im feinen Anzug um den Globus, – von Umweltpolitik oder Pazifismus hört man nahezu nichts mehr.

Die Zukunft des Landes

Die Situation ist schlimm, aber wenn wir, die jungen Bürger dieses Landes nicht aus unserer Lethargie aufwachen, unter den Parteien für uns das geringste Übel wählen, an der Reform der Parteien tatkräftig mitwirken und sie somit, gerade für uns, attraktiver gestalten, dann steht die Zukunft unseres Landes auf dem Spiel. Schon jetzt sehe ich, die Jugend zu wenig an den Entscheidungen auf allen Ebenen beteiligt, wir haben die historische Chance uns, wenn auch nur ein kleines bisschen, an dem Prozess des zusammenwachsenden Europa zu beteiligen, es unseren Vorstellungen gemäß zu gestalten und Spaß haben kann

man, kaum zu glauben aber wahr, auch in einer politischen Organisation. Selber mitwirken, trotz aller berechtigten Kritik, ist der bessere Weg, als nur zu kritisieren oder nicht mehr zur Wahlurne zu gehen. Nur durch unser, auch durch Dein, Engagement kann in Deutschland etwas bewegt werden, sollen Themen,

Selber mitwirken, trotz aller berechtigten Kritik, ist der bessere Weg, als nur zu kritisieren oder nicht mehr zur Wahlurne zu gehen.

wie beispielsweise die Rentenreform, wo es, wenn auch in grauer Zukunft, um unsere Renten geht, wirklich von Leuten entschieden werden, die dann, wenn es uns betrifft, gar nicht mehr leben werden? Außerdem ist für jeden ein Thema dabei, wen die Renten nicht interessieren, der möchte vielleicht etwas über das entstehende Europa erfahren oder die für die Zukunft zu regelnden Gesetze der Genforschung kennen lernen und diskutieren, vielleicht ist auch jemand an der zukünftigen Regelung zum Pay-TV interessiert. Denn in den Parteien wird entschieden, ob Du die Spiele Deines Fußballvereins auch in Zukunft noch ohne zusätzliches Entgelt im Fernsehen verfolgen kannst. Engagement zahlt sich immer aus und in der Politik mit seinem weit gefächerten Themenspektrum ist bestimmt auch für Dich etwas dabei.

e

Meinung der JÜler gefragt!

Regelmäßig finden auf der Homepage der ENTSCHEIDUNG Abstimmungen zu aktuellen politischen Fragen statt. Diesmal geht es um das Streitthema, ob die Union das Thema Zuwanderung im Bundestagswahlkampf stärker oder schwächer thematisieren sollte. Dazu gibt es verschiedene Ansichten - heiße Diskussionen an den JU-Stammtischen sind also vorprogrammiert! Trotz der Debatten nicht vergessen: Bei www.entscheidung.de zählt jede Stimme . . .

Ludwigshafen hat ein neues Gesicht

Eva Lohse übernimmt in schwieriger Zeit die Führung der pfälzischen Metropole

Annika Jagodzinski



Preisfrage: Wer schafft es, Helmut Kohl und Xavier Naidoo auf dieselbe Veranstaltung zu locken? Antwort: Eva Lohse. Die 45jährige promovierte Juristin ist seit Jahresbeginn die neue Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen - das erste CDU-Mitglied in diesem Amt und die vierte Frau an der Spitze einer deutschen Großstadt.

Am 9. Januar gab sie für Helmut Kohl, Xavier Naidoo und 1300 weitere Gäste ihren ersten Neujahrsempfang. Es wären auch noch mehr gekommen, wenn der Saal nur entsprechend größer gewesen wäre. Einen solchen Andrang und eine derartige Aufbruchstimmung hatte es bei einem Ludwigshafener Neujahrsempfang noch nicht gegeben.

Auch das Medieninteresse an der neuen Amtsinhaberin war überwältigend. Bereits am zweiten Tag ihrer Amtszeit erläuterte Eva Lohse im „heute journal“ die desolante Haushaltslage der Stadt. Ludwigshafen diente dem ZDF als „ein besonders trauriges Beispiel“ für die prekäre Lage, in die

viele Kommunen durch den Rückgang der Gewerbesteuern und die gleichzeitige Zuweisung neuer finanzieller Verpflichtungen durch die Bundesregierung geraten sind. In Ludwigshafen kommt erschwerend hinzu, dass die Stadt jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt hat. Unter sozialdemokratischer Herrschaft wurde ein Schuldenberg von mehr als einer halben Milliarde Euro aufgehäuft. Einen Nachtragshaushalt für 2001 hat die Kommunalaufsicht im Dezember nur unter strengen Auflagen genehmigt; den Haushalt für 2002 hat Lohses Vorgänger gar nicht erst aufgestellt.

In dieser Situation ist die neue Oberbürgermeisterin zur Hoffnungsträgerin für die gebeutelten Industriestadt am Rhein geworden. Zaubern kann sie zwar auch nicht, aber es ist ihr in den

ersten Tagen ihrer Amtszeit gelungen, im Rathaus und in der Bevölkerung eine Stimmung des gemeinsamen Aufbruchs zu erzeugen. „Wenn es wahr ist, dass der Ton die Musik macht, dann setzen wir in Ludwigshafen auf eine mitreißende Melodie,“ kommentierte der Vorsitzende des Personalrates den Führungsstil der neuen Rathauschefin.

Und der ehemalige Ludwigshafener Stadtrat Helmut Kohl stellte sichtlich zufrieden fest: „Ludwigshafen hat jetzt ein neues Gesicht.“

Mehr Informationen über Eva Lohse gibt es unter www.ludwigshafen.de



Wechsel in der Bundesgeschäftsstelle

Dietmar Schulte, der seit 2 ½ Jahren als Bildungsreferent des Bundesverbandes tätig war, hat zum 31. Januar 2002 die Bundesgeschäftsstelle verlassen. Dietmar hat im Bundesverband ein breites Themenspektrum, von der Bildungs- über die Wirtschafts- und Umweltpolitik bis zur Renten- und Sozialpolitik, bearbeitet. Er betreute unter anderem die beiden Kommissionen „Wirtschaft und Soziales“ und „Ökologische Zukunft“.

Nun aber hat es Dietmar in seine Heimat zurückgezogen: Seit dem 01. Februar arbeitet er in Paderborn beim Heinz-Nixdorf-Forum (www.hnf.de). „Der Politik will ich aber nicht den Rücken kehren, sondern weiterhin ehrenamtlich in JU und CDU aktiv sein“, so Dietmar. Die Bundesgeschäftsstelle verliert mit Dietmar Schulte einen engagierten und zuverlässigen Kollegen, dessen westfälischer Humor uns ebenso fehlen wird wie die Kochkünste seiner Frau Simone. Wir danken ihm für seine qualifizierte Mitarbeit und wünschen ihm für seine persönliche und berufliche Zukunft alles Gute und viel Erfolg.

Eine Nachfolgerin für Dietmar Schulte ist mit Natalia Stanitzek bereits gefunden. Sie stammt aus Braunschweig und studierte nach dem Abitur zunächst ein Semester Verkehrswesen an der Technischen Universität Berlin. Nach einem Wechsel des Studiengangs schloss sie letztes Jahr das Studium der Volkswirtschaftslehre mit Prädikatsexamen ab. Ihre Studienschwerpunkte konzentrierten sich auf Bereiche der Sozialpolitik, Umweltökonomie und der Führungs- und Organisationsleh-

re. Währenddessen arbeitete Natalia Stanitzek als Tutorin mit Lehrauftrag und studentische Hilfskraft am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie engagierte sich in CDU und JU und saß für den RCDS mehrere Semester im Studentenparlament der Technischen Universität Berlin.

Der ehemalige Pressesprecher der JU Deutschlands, Michael Brand, ist inzwischen Pressesprecher der CDU Hessen. Dort betreut er sowohl die Pressearbeit des CDU-Landesverbandes als auch der CDU-Fraktion im



Dietmar Schulte



Michael Brand

Wiesbadener Landtag. Der gebürtige Hesse war von August 2000 bis Oktober 2001 in der JU-Bundesgeschäftsstelle tätig und wirkte dabei als Chef vom Dienst auch bei der Entscheidung mit. Wir wünschen Michael Brand weiterhin beruflich und privat alles Gute und viel Erfolg bei seiner neuen Tätigkeit.

e



Natalia Stanitzek



Islam in Deutschland

Seminar brachte spannende Diskussionen

Wildeshausen. Die Junge Union Niedersachsen führte zum dritten Mal ihre Neujahrsveranstaltung „Happy New Year“ auf Gut Altona (Wildeshausen/Landsverband Oldenburg) durch. Mehr als hundert Teilnehmer arbeiteten an diesem Wochenende in vier Seminaren (Islam in Deutschland, Ehrenamt und Öffentlichkeit, Verkehrspolitik und Rhetorik).

Jan-H. Klaps, klaps@entscheidung.de, Sebastian Prinz, autor@entscheidung.de

Neben dem früheren niedersächsischen Kultusminister und heutigen Direktor des Bundesrates Georg-Bernd Oschatz waren die Referenten des Islam-Seminars die Bundestagsabgeordnete Sylvia Bonitz, Imam Tariq, geistlicher Leiter einer Moschee in Berlin, Rolf Stolz, Autor des Buches „Die Mullahs am Rhein“ sowie der Islam-Experte Dr. Christoph Heger. Georg-Bernd Oschatz wies darauf hin, dass die Islam(ismus)-Problematik untrennbar mit der Zuwanderungs- und Integrationsfrage verbunden ist. Dieser Zusammenhang wurde - obwohl evident - in der öffentlichen Diskussion bislang vernachlässigt. Seit dem 11. September ist das undenkbar. Nachdrücklich legte Oschatz den JUlern die Lektüre des vom Islamwissenschaftler Hans-Peter Raddatz verfassten Standardwerkes „Von Gott zu Allah“ nahe.

Gegen Green-Card-Regelung

Zwei konkrete Beispiele stellte Oschatz heraus: Die sogenannte Green-Card-Diskussion und die demographische Entwicklung. Er sprach sich gegen eine Green-Card-Regelung für Niedrigqualifizierte aus. Diese Forderung sei angesichts des ständig steigenden Anteils arbeitsloser Ausländer widersinnig. Zur Lösung des Geburtenmangels empfahl Oschatz statt Zuwanderung aktive Familienpolitik. Die junge Abgeordnete Sylvia Bonitz fand erfrischend klare Worte zur vorurteilsfreien Analyse unserer Integrationsprobleme. Frau Bonitz, die sich unlängst gemeinsam mit ihren Kollegen Heinz Wiese und Axel Fischer durch eine par-

lamentarische Initiative gegen die Regierungsbeteiligung der PDS in unserer Hauptstadt profilieren konnte, ist die innenpolitische Hoffnungsträgerin der Union.

An harten Fakten belegte Bonitz, dass schon seit Jahren Zuwanderung größtenteils in die sozialen Sicherungssysteme, nicht jedoch in den Arbeitsmarkt stattfindet. Bisherige Integrationsbemühungen seien weitgehend gescheitert. So sei die erste Generation von Gastarbeitern vielfach besser integriert als die zweite und dritte Generation. Hier konstatierte sie auch ein Defizit an Integrationswilligkeit bei Ausländern, wobei die Realität zuweilen sogar Vorurteile übertreffe. Angesichts der Tatsache, dass aufgrund der Bevölkerungsentwicklung schon in absehbarer Zeit vor allem in Großstädten der Ausländeranteil noch weiter steigen wird, müssten Parallelgesellschaften verhindert werden. Auch Sanktionen dürften im eigenen Interesse aller hier Lebenden kein Tabu sein, wenn es etwa darum geht, in Grundschulen eine einheitliche Unterrichtssprache zu gewährleisten. Von Innenminister Schily seien hierzu markige Reden gehalten, aber kaum wirksame Maßnahmen ergriffen worden.

Bonitz rief dazu auf, sich nicht von einer übertriebenen Political Correctness irritieren und beeinflussen zu lassen. Ausdrücklich stellte sie sich hinter den von ihr als mutig bezeichneten Vorschlag des hessischen Ministerpräsidenten Koch, eine öffentliche Debatte um nationale Identität zu führen.



Christen und Moslems

Imam Tariq sprach aus der Perspektive eines hier lebenden Moslems über Probleme und Perspektiven des Zusammenlebens von Christen und Moslems in Deutschland. Er informierte über Geschichte und Strömungen des Islam und klärte Begriffe wie Islam und Islamismus. Insbesondere hinsichtlich der Stellung der Frau im Islam entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, in der die gegensätzlichen Standpunkte deutlich wurden.

Rolf Stolz referierte am Beispiel der sogenannten Kaplan-Organisation über islamischen Extremismus. Kaplan, der „Khomeini von Köln“, ist der Gründer der jetzt von Innenminister Schily verbotenen Organisation. Stolz, der schon seit Jahren vor dieser gewaltbereiten Vereinigung warnt, wirft Schily dilettantisches Vorgehen vor. So ist es der Kaplan-Organisation vor ihrem Verbot gelungen, den Großteil ihrer Akten und ihres beträchtlichen Vermögens ins Ausland zu schaffen und so vor der Einziehung zu retten.

Dr. Christoph Heger schließlich setzte sich mit dem Pro und Contra islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen auseinander. Ohne Zitatensklauberei zu betreiben, stellte er zentrale Aussagen des Koran und der Scharia den unser Grundgesetz durchdringenden Werten gegenüber. Dabei zeigte sich, dass insbesondere auch hinsichtlich der Rolle der Frau gravierende Unterschiede bestehen. Keine leichte Aufgabe unter diesen Umständen Curricula zu erarbeiten und Studiengänge zu entwickeln. In jedem Fall muss sichergestellt werden, dass Islamunterricht in deutscher Sprache erteilt und die Lehrer anders als bisher an deutschen Universitäten ausgebildet werden.

Euskirchen

Den längsten . . .

Euskirchen. In der letzten Ausgabe der ENTSCHEIDUNG fragte der saarländische JU-Ortsverband Furpach/Kohlhof/Ludwigsthal, ob es einen noch längeren Ortsverbandsnamen gebe. Dazu Bernd Wittebrock, Kreisvorsitzender der JU Recklinghausen: „Ich muss die Freunde aus dem Saarland enttäuschen. Ein Ortsverband der Jungen Union Herten trägt den Namen Junge Union Herten Mitte/Süd/Disteln/Paschenberg, der auch unter Weglassung der Stadtverbandskennung immer noch genau einen Buchstaben länger ist als Furpach/Kohlhof/Ludwigsthal.“ Ein Tipp für die Saarländer: Einfach noch einen Ortsverband ‚eingemeinden‘ - dann klappt's bestimmt. „Aber vorläufig haben wir im Kreis Recklinghausen den längsten...“, freute sich Wittebrock. Da hatte er die Rechnung ohne den Kreisverband Euskirchen gemacht. „Wir, der JU-Gemeindeverband Blankenheim-Nettersheim-Dahlem, schei-



nen den längsten Verbandsnamen zu haben“, so Philipp Rütz. „Allerdings ist dies nicht unbedingt positiv, da man den Namen nicht immer ausschreiben will. Deshalb haben wir die Kurzform ‚JU BND‘ gewählt. Bisher hat sich der Bundesnachrichtendienst nicht beschwert.“ Weitere Rekordversuche nimmt chefredakteur@entscheidung.de entgegen.

Bernd Wittebrock hatte gut lachen, bis er von der JU Euskirchen hörte.

Münsterland

Verständnis der Religionen verbessern

Münster. „Der Westen – ein Elefant im Porzellanladen oder Missverständnisse zwischen der westlichen und arabischen Welt“ lautete das Thema, mit dem sich die Junge Union Münsterland auf ihrer 5. Münsterlandkonferenz befasst hat. Zusammen mit Islamwissenschaftlern diskutierten die JU-Bundesvorstandsmitglieder Christian Kremer und Sascha Drescher über die Probleme bei der Kommunikation zwischen der arabischen und der westlichen Welt. „Seit dem 11. September haben wir überwiegend die innere und äußere Sicherheit diskutiert und den integrations- und kulturpolitischen Ansatz vergessen“, stellte Sascha Drescher fest. Daher lag auch der Schwerpunkt der Konferenz u.a. auf der Frage, wie das Verständnis der Religionen untereinander verbessert werden kann. „Es gibt mehr Gemeinsamkeiten zwischen den Religionen als die meisten wissen – und selbst die wenigen Unterschiede, die es gibt, sollte man als Bereicherung begreifen. Schließlich wäre eine Welt ohne Vielfalt genauso langweilig wie ein Garten mit nur einer Art von Pflanze“, so die Referentin Fereshte Hedjazi.

Die Gäste der Münsterlandkonferenz diskutierten im Anschluss an die thematische Einführung mit beiden Referenten über die teilweise religiös begründeten Konflikte in Afghanistan und im Nahen Osten. Hierbei gab es auch eine Reihe von Beiträgen, in denen die Rolle der westlichen Staaten in ihrer weltpolitischen Verantwortung kritisch betrachtet wurde. Der Nahostkonflikt sei in dieser Auseinandersetzung von sehr zentraler Bedeutung. Im Anschluss an die Debatte beschloss der JU-Verband das Positionspapier „Für eine handlungsfähige Bundeswehr“. Darin wird die Bundeswehrstrukturreform, die besonders die Standorte im Münsterland betrifft, kritisiert und eine bessere finanzielle Ausstattung der Bundeswehr gefordert.

Potsdam

Zukunft der Volksparteien

Potsdam. Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Katherina Reiche referierte CSU-Generalsekretär Dr. Thomas Goppel im Dezember in Potsdam vor mehr als 100 Zuhörern zum Thema "Die Zukunft der Volksparteien in Deutschland im 21. Jahrhundert". Goppel betonte, dass eine moderne Volkspartei immer um Sieg kämpft und mehr als ein Drittel der Bevölkerung an sich binden müsse und zwar aus allen Schichten und bundesweit. Katherina Reiche erklärte, dass die Union startklar für die Regierungsübernahme 2002 sei und ein klares programmatisches Alternativprogramm zur rot-grünen Wort-hülsenpolitik entwickelt habe.



Katherina Reiche MdB und CSU-Generalsekretär Goppel auf einer Veranstaltung in Potsdam: Rot-Grün muss im Herbst 2002 beendet werden.

Kreis Mettmann

Neujahrsempfang mit Hendrik Wüst

Mettmann. Der Neujahrsempfang der Jungen Union im Kreis Mettmann war eine gelungene Premiere: Volles Haus und interessante Gäste wie der JU Bundestagskandidat Christian Rihartz und Landrat Thomas Hendle sorgten für einen spannenden Verlauf des Empfangs.

Als Hauptredner konnte der Kreisvorsitzende Marc Hildebrand den Landesvorsitzenden der JU NRW, Hendrik Wüst, begrüßen. Dieser stellte noch einmal klar seine Meinung zum Kanzlerkandidaten Stoiber heraus und motivierte die JUl'er für den kommenden Wahlkampf.



Solingen

JU-Streetballturnier

Solingen. Die Junge Union Solingen veranstaltete zusammen mit den Solingen Alligators (Baseball-Bundesligist) und der CDU Wald das erste JU-Streetballturnier (eine abgewandelte Version des Basketballs). Verstärkung erhielt das Turnier durch eine Prominenten-Überraschungsmannschaft (Mola Adebisi and friends), die aktiv am Turnierbetrieb teilnahm. Die Siegerehrung wurde durch Oberbürgermeister Franz Haug durchgeführt, der Erlös der Veranstaltung kam den Solinger Kinderstuben sowie der Denkmalstiftung Walder Kirchturm zugute.

Passau

Scheuers Wahlkampf-Mobil

Passau. Andi Scheuer, Kreisvorsitzender der JU Passau, macht in seiner Heimatstadt die Straßen unsicher: Mit seinem Wahlkampf-Mini-Mobil will der 27-Jährige auf seine Kandidatur für den Passauer Stadtrat aufmerksam machen. Für die Vespa Ape (Baujahr 1976) lässt er sogar seinen geliebten BMW bis zur Wahlentscheidung am 3. März stehen. Scheuer: „Gerade junge Kandidaten sollten innovativ sein und Bewegung in die Stadt bringen“. Es gibt nur einen Unsicherheitsfaktor: Hält bei so viel Eifer auch der Motor mit?



(Foto: Kürthy)

Brandenburg

Innere Sicherheit verbessern

Brandenburg. Unter dem Thema "Terrorismus aus innen- und verteidigungspolitischer Sicht" veranstaltete die JU Brandenburg jüngst eine Diskussionsrunde. Dazu referierte neben dem innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion und JU-Landeschef, Sven Petke MdL, auch der Potsdamer Jugendoffizier, Oberleutnant Christopher Nolde. Im Leitantrag "Sicherheit und Recht und Freiheit" vom Brandentag 2001 fordert die JU eine deutliche Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung von Bundeswehr, Nachrichtendiensten und Polizei. Wohin eine stiefmütterliche Behandlung der inneren Sicherheit führt, zeige beispielsweise der langjährige und unbemerkte Hamburg-Aufenthalt einer der New York-Attentäter.



Der Potsdamer Jugendoffizier, Oberleutnant Christopher Nolde, und der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Brandenburg und JU-Landeschef, Sven Petke MdL, referierten zur Inneren Sicherheit.

Aachen-Land

Erfolgreiche Brüssel-Fahrt

Aachen-Land. In Busstärke besuchte der JU-Kreisverband Aachen-Land das Europäische Parlament und die zugehörigen Institutionen in Brüssel. Auf dem Programm stand zudem eine Diskussionsrunde mit dem Europaabgeordneten Armin Laschet. Im Anschluss an die Brüssel-Fahrt folgte eine Klausurtagung mit Themenschwerpunkt „Europapolitik“ in den Niederlanden, bei

der die Themen EU-Osterweiterung, Euro-Einführung sowie die Rolle und Bedeutung der EU für das Dreiländereck im Raum Aachen diskutiert wurden. Die nächste JU-Tour soll ein anderes Ziel haben: „Gerade im Jahr der Bundestagswahl stellt Berlin natürlich ein besonders interessantes Ziel für eine Klausurtagung dar“, so der Kreisvorsitzende Micha Kreitz.



Werra-Meißner-Kreis

Gelungene Berlin-Fahrt



Werra-Meißner-Kreis. Auf Einladung des CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Heiderich besuchte die Junge Union Werra-Meißner-Kreis gemeinsam mit der JU Hersfeld-Rotenburg die Bundeshauptstadt Berlin. Auf dem Programm standen die Besichtigung des Reichstags sowie eine Führung durch das Gebäude des Bundesrates. Nach einer Diskussionsrunde bestand für die JÜler die Möglichkeit, auf der Zuschauertribüne des

Plenarsaals Platz zu nehmen und die Haushaltsdebatte zu verfolgen. Bei einer Stadttour setzte sich die Gruppe zudem mit der Vergangenheit auseinander, als u.a. der berühmte Checkpoint Charlie besichtigt wurde.

Berlin

Zur Klausur in Hamburg

Berlin. Der JU-Kreisverband Charlottenburg Wilmersdorf fand sich unter Führung seines Vorsitzenden Florian Drach vom 22. bis 24. Februar in Hamburg zur Klausur ein. Dort wurde der Koalitionsvertrag des rot-roten Berliner Senats genau unter die Lupe genommen, um sich für die Oppositionsarbeit zu rüsten. Ebenso wurde das Konzept für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf erarbeitet. Mit dabei war auch der CDU-Wahlkreis-kandidat, Siegfried Helias MdB. Eine abendliche Erkundung des hanseatischen Nachtlebens und eine Hafenrundfahrt fehlten im Programm natürlich nicht.

Bretten

Besuch der Partnerstadt



Bretten. Die Junge Union Bretten besuchte den JU-Verband der Partnerstadt Hemer. Neben dem Empfang beim Bürgermeister stand eine Diskussion über den unterschiedlichen Kommunalaufbau der Bundesländer auf dem Programm. Zudem besichtigte die Gruppe das Hemersche Wahrzeichen „Felsenmeer“ sowie die Burg Altena. Ein Gegenbesuch der JU Hemer ist bereits geplant. „Städtepartnerschaften leben nur dann wirklich, wenn die offiziellen Begegnungen durch privat initiierte ergänzt werden“, so der JU-Vorsitzende Michael Nöltner.



Florian Drach, umringt von Konstantin Schneider, Anke Ludwig, Simon Bunjamin, Alexander Rackow, Stephan Haegner

Wiesbaden

JUler verteilen Glückscents

Wiesbaden. Anlässlich der Einführung des Euro trafen sich JU-Mitglieder zu nächstlicher Stunde mit dem CDU-Europaabgeordneten Michael Gahler in der Wiesbadener Innenstadt, um Glückscents und Umrechnungstabellen unter das Volk zu bringen – mehrere Stunden, bevor die Banken öffneten. Die Bürger freuten sich, und mehrere Gastwirte luden die JUler



zu einem Umtrunk ein. „Es hat Spaß gemacht, zu sehen, wie offen und interessiert die Menschen den Euro annehmen“, freute sich Michael Gahler. Dies mache deutlich, dass der europapolitische Kurs der Union, der den Grundstein für den Euro gelegt habe, richtig gewesen sei. „Wir brauchen nun wieder eine vernünftige Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung. Hier versagt die Bundesregierung permanent“, so Gahler.



Niedersachsen

Neuer Landesvorsitzender

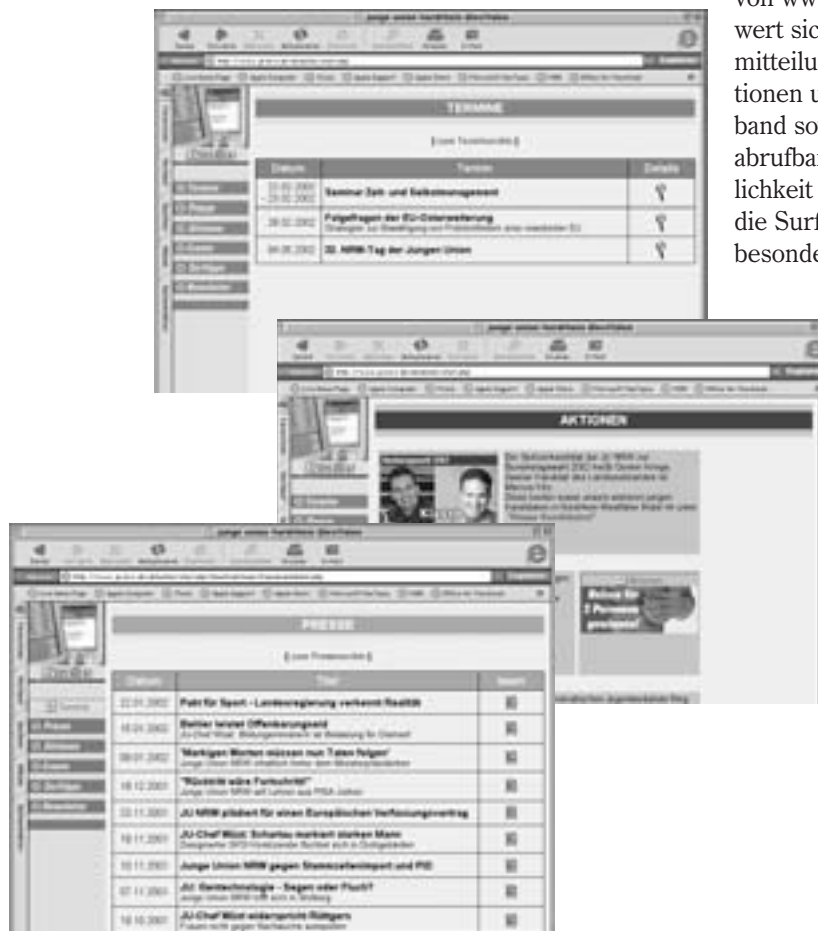
Neuer Landesvorsitzender der Jungen Union Niedersachsen ist Kristian Tangermann (25). Er folgt Gerold Papsch in diesem Amt, der nach vier Jahren die Führung des Landesverbandes abgegeben hatte. Die Delegierten in Wolfsburg wählten Tangermann mit 158 von 177 Stimmen (89%) zu ihrem neuen Landeschef. Stellv. Vorsitzender wurde Michael Erdhaus, Jens Nacke und Andreas Schwegel.

Nordrhein-Westfalen

Neuer Internet-Auftritt

Düsseldorf. Die Junge Union Nordrhein-Westfalen hat ihre Homepage völlig neu gestaltet. Ihr Landesvorsitzender Hendrik Wüst schaltete die neuen Seiten

von www.ju-nrw.de frei, deren Nutzwert sich deutlich erhöht hat: Pressemitteilungen, Tagungsbeschlüsse, Aktionen und Infos über den Landesverband sowie seine Funktionsträger sind abrufbar. Erfreulich ist die Übersichtlichkeit des Layouts, durch die sich die Surfer schnell zurechtfinden. Ein besonderer Clou: englisch- und französischsprachige Interessenten können sich in ihrer Muttersprache über den Verband informieren. Zuletzt hatte dieser mit seiner Kampagne www.freimachen.de (die ENTSCHIEDUNG berichtete) für Aufmerksamkeit gesorgt.



Bergheim

Unterirdische Radstation besichtigt

Bergheim. Zu einer Informationsfahrt machten sich die Mitglieder der Jungen Union Bergheim nach Münster auf. Das Programm sah zunächst eine Stadtführung vor, bei der die Teilnehmer vom ehemaligen CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz begrüßt wurden, der über aktuelle Maßnahmen der Stadtentwicklung berichtete. Die nächste Anlaufstelle war das deutschlandweite Vorzeigeprojekt einer unterirdischen Radstation der

„Fahrradstadt“. Hier konnten die JÜler sehen, was zurzeit für Köln im Gespräch ist: Ein Parkhaus für tausende Fahrräder, dazu ein Werkstatt- und Vermietungsservice und sogar eine spezielle Fahrradwaschanlage. Bei einer derart hohen Auslastung der Radstation wie in Münster dürfte es nach Ansicht der JU nicht schwer sein, ein solches Projekt auch an Rhein und Erft zu verwirklichen.



Kreis Mettmann

Aktion zur Ökosteuern

Mettmann. Zum Jahresbeginn wurde wieder einmal die Ökosteuern erhöht, was viele Bürger aufgrund der Währungsumstellung kaum wahrgenommen haben. Grund genug für einen Aktionstag der Jungen Union Kreis Mettmann: Die Stadtverbände informierten die Autofahrer an vielen Tankstellen mit Flugblättern über die Nachteile der Ökosteuern. Anhand von Beispielrechnungen wurde deutlich gemacht, wieviel Euro eine Familie nun noch weniger im Monat im Portemonnaie haben wird.



Nordhausen

Becker wurde Ehrenvorsitzender

Nordhausen. Die Forderung, nicht ewig Mandate und Ämter zu besetzen, wurde im JU-Kreisverband Nordhausen beherzigt. Der bisherige Kreisvorsitzende und neue Thüringer Landesvorsitzende Giselher Becker: „Es kommt nicht nur darauf an, etwas Neues in Schwung zu bringen und sich mehr an den Bürgern zu orientieren, als bisher. Es ist vor allem wichtig, eine neue Form von Teamspiel auch in unserer Politik zu installieren.“ Dazu sei ihm beim JU-Nachwuchs keine Bange. Sein Nachfolger Manuel Thume ergänzte: „Ein besonderes Augenmerk möchten wir zukünftig vor allem auf mehr Mitspracherecht der Jugend in der Politik legen.“ Erstmals seit dem Bestehen des Verbandes wurde mit Giselher Becker ein Ehrenvorsitzender der JU Nordhausen gewählt.

Neu im Netz

Hier findet Ihr interessante Links zu neuen JU-Seiten im Internet. Wenn Ihr Hinweise habt, schickt sie an neuimnetz@entscheidung.de

www.ju-lds.de

www.ju-nrw.de (neue Seite)

www.sachsen-fuer-stoiber.de

Neue Vorstände

Kreisverband Potsdam-Mittelmark

■ **Vorsitzende:** Ute Meister ■ **Stellvertreter:** Alexander Titze, ■ **Kassenwart:** Christian Große
■ **Pressereferent:** Maik Ralf Schüler ■ **Beisitzer:** Grit Schröter, Sebastian Seehaus, Enrico Bartz

Kreisverband Ludwigshafen Stadt

■ **Kreisvorsitzender:** Patrick Hefele ■ **Stellvertreter:** Torbjörn Jagodzinski, Nadja Tomschin
Kreissschatzmeisterin: Theresa Lohse ■ **Beisitzer:** Jannette Agafonow, Claudia Blum, Tim Diehlmann, Philipp Gaudron, Sebastian Gehrke, Georg Hertrampf, Alexandre Hofen, Annika Jagodzinski, Andreas Schreiner

Kreisverband Cuxhaven

■ **Vorsitzender:** Thiemo Röhler ■ **Stellvertreter:** Marcus Nosthoff, Lars-Willem Köpp ■ **Geschäftsführer:** Thorsten Ginsel ■ **Pressereferent:** Vincent Nitsche ■ **Schatzmeister:** Simon Namberger
■ **Schriftführer:** Mathias Kröncke

Kreisverband Hochtaunus

■ **Vorsitzender:** Jens Meyer ■ **Stellvertreter:** Alexander Hetjes, Marco Schaum ■ **Schatzmeister:** Oliver Köding ■ **Schriftführer:** Yves Atkinson
■ **Pressereferent:** Christopher Fritsch ■ **Referenten:** Tina Jacoby, Matti Mäkitalo, Martin Mittmann, Oliver Lorenz, Raphaela Schlicht, Yasmine Schritt, Thorsten Hofmann

Kreisverband Mainz-Bingen

■ **Vorsitzender:** Moritz Petry ■ **Stellvertreter:** Eva Wagner, Gereon Geissler ■ **Schatzmeisterin:** Diana Hofmann ■ **Beisitzer:** Oliver Sluke, Norbert Wagner, Niko Kessler, Oliver Wernersbach, Steven Burkart

Stadverband Bad Homburg:

■ **Vorsitzender:** Christian Dammann ■ **Stellvertreter:** Martin Mittmann ■ **Kassenwart:** Roland Mittmann ■ **Schriftführer:** Dennis Gräbe ■ **Geschäftsführer:** Jacob Schiller ■ **Pressesprecher:**

Malte Hinrichs ■ **Referenten:** Alexander Hetjes, Ulrich Stellmacher, Uta Wolters, Yiqiao Sun, Gabrielle Göring, Sven Daume

Stadverband Frankenberg/Eder

■ **Vorsitzender:** Thomas Müller ■ **Stellvertreter:** Patrick Alexander Baur ■ **Finanzreferent:** Volker Höhl ■ **Schriftführer:** Andreas Tatzel ■ **Beisitzer:** Peter Waskowiak

Ortsverband Aschendorf-Hümmling

■ **Vorsitzende:** Friederike Lay ■ **Stellvertreterinnen:** Bettina Müller, Anna Stammermann ■ **Geschäftsführer:** Jörn Freier ■ **Schatzmeister:** Markus Hövelmann ■ **Webmaster:** Jens Kasten ■ **Beisitzer:** Melanie Büter, Beatrice Deters, Linda Kleymann, Kathrin Hempfen, Johannes Schnieiders

Ortsverband Gernsbach

■ **Vorsitzende:** Tobias Pierow ■ **Stellvertreter:** Fritz Schwanecke ■ **Finanzreferent:** Christoph Krieg ■ **Schriftführer:** Gregor Arlt ■ **Beisitzer:** André Uttenweiler, Fabrizio Micalizzi, Martin Schulteis

Ortsverband Altbach

■ **Vorsitzende:** Simone Maschler ■ **Stellvertreter:** Frieder Motz ■ **Finanzreferent:** Jochen Mangold ■ **Pressereferent:** Oliver Zscherpe ■ **Schriftführerin:** Sandra Roller ■ **Beisitzerin:** Gaby Lenz

Ortsverband Kirchheim

■ **Vorsitzender:** Uwe Gonser ■ **Stellvertreter:** Susanne Friedrich, Sven Schmid ■ **Pressereferent:** Sven Lierzer ■ **Schriftführer:** Martin Riek ■ **Beisitzer:** Jan Mesina, Philippe Leydecker, Michael Bauer

Stadverband Bensheim

■ **Vorsitzender:** Jörg Zimmermann ■ **Stellvertreter:** Tobias Heinz ■ **Schatzmeister:** Felix Sommer ■ **Schriftführer:** Michael Zimmermann ■ **Geschäftsführer:** Dominik Stenger ■ **Beisitzer:**

Andreas Berg, Roland Czaja, Christian Daume, Marcus Kaiser, Michael Rettig, Melanie Schäfer

Stadtverband Menden:

■ **Vorsitzender:** Robin Kroll ■ **Stellvertreter:** Christian Jolk ■ **Geschäftsführer:** Tobias Schmale ■ **Schatzmeister:** Mirek Schulte ■ **Pressesprecher:** Björn Eisbach ■ **Schriftführer:** Monika Röbig ■ **Beisitzer:** Martin Hennemann, Nicolas Kroll, Anna Hollstege

Ortsverband Rastpfuhl-Rußhütte:

■ **Vorsitzender:** Benedikt Weiten ■ **Stellvertreter:** Michael Thome ■ **Schatzmeister:** Michel Pasquine ■ **Pressesprecherin:** Eva Moscherosch ■ **Organisationsleiterin:** Sabine Klein

Stadtverband Sinzig

■ **Vorsitzende:** Michaela Meid ■ **Stellvertreter:** Andreas Kranz, Dietmar Reimsbach ■ **Schatzmeister:** Christoph Fabritius ■ **Geschäftsführer:** Torsten Höck ■ **Beisitzer:** Sabine Kranz, Volker Risse

Stadtverband Kamen/Westfalen

■ **Vorsitzender:** Björn Tuxhorn ■ **Stellvertreter:** Christoph Weigel ■ **Schatzmeister:** Maximilian Spieker ■ **Beisitzer:** Christian Lasarczyk, Jan Siegel

Ortsverband Arnsberg:

■ **Vorsitzende:** Yvonne Vieth ■ **Stellvertreter:** Vanessa Rüther ■ **Geschäftsführer:** Jens Lohmann ■ **Pressesprecher:** Florian Rechtsprecher ■ **Beisitzer:** Benedikt Hoffmann, Tobias Schenk, Carola Merz

Stadtverband Arnsberg:

■ **Vorsitzender:** Christoph Vielhaber ■ **Stellvertreter:** Jan Beckmann ■ **Geschäftsführerin:** Yvonne Vieth ■ **Pressesprecherin:** Miriam Schulte ■ **Schriftführer:** Jens Lohmann ■ **Beisitzer:** Tobias Hartmann, Judith Knabe, Benedikt Hoffmann, Tobias Schenk

Stadtverband Langenfeld

■ **Vorsitzender:** Manuel Bernardy ■ **Stellvertreter:** Sven Lucht ■ **Geschäftsführerin:** Anne-Katrin Schmitt ■ **Schatzmeister:** Martin Probost ■ **Beisitzer:** Christina Cantauw, Benjamin Heidelberg

Herausgeber:

Bundesvorstand Junge Union Deutschlands,
Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87-20,
ju@junge-union.de · www.junge-union.de

Redaktionsbüro:

DIE ENTSCHEIDUNG, Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87-20,
die@entscheidung.de · www.entscheidung.de

Redaktioneller Beirat:

Sascha Drescher (Mitglied im Bundesvorstand)
Michael Hahn (Bundesgeschäftsführer),
Philipp Mißfelder (Chefredakteur)
Chefredakteur: Philipp Mißfelder

Redaktion:

Steffen Bilger, Martin Blach, Sebastian Gehrold
(Chef vom Dienst), Peter Fellmer, Roberto Fleißner,
Thomas Fürst, Torsten Geiling, Olaf Klaukien, Jan-H.
Klaps, Frauke Kröger, Frank Lochthove, Christine Loerke,
Stefan Löwer, Peter Meyer, Georg Milde, Christian Müller,
Volker Nies, Michael Panse MdL, Markus Pösentrup,
Ralf Pötter (online-Ausgabe), Dr. Andreas Püttmann,
Jan Redmann, Heiko Rottmann, Nicolai Schenk,
Dietmar Schulte, Andreas Schwegel, Gerit Weber,
Ralf Weidner, Jan-Gernot Wichert, Henryk Wichmann,
Mathias Wieland, Sebastian Wolff

Verlag:

Weiss Verlag GmbH & Co. KG, Industriestraße,
Postfach 30, 52153 Monschau-Imgenbroich
Tel. (0 24 72) 82-118, Fax (0 24 72) 8 22 29
Objekt- und Anzeigenleiter: Alexander Lenders
alenders@weiss-druck.de · www.weiss-druck.de

Satz & Druck:

Weiss Verlag GmbH & Co. KG, Industriestraße,
Postfach 30, 52153 Monschau-Imgenbroich
Tel. (0 24 72) 82-0, Fax (0 24 72) 8 22 0
Layout & Satz: M. Wolters-Stormanns
mwolters-stormanns@weiss-druck.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder. Erscheinungsweise monatlich. Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Titelgestaltung: Weiss-Druck
Bildnachweis: JU-Archiv, CDU/CSU, Ossenbrink, Weiss-Archiv.

Der Verlag dankt Philipp Mißfelder für die hervorragende Unterstützung bei der Umsetzung des neuen Layouts der Entscheidung.